

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Freitag, den 16. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Ein Krebschaden.

P. I. Wenn ein Geschäft, ein Kaufmann, ein Händler oder sonstwer öffentlich seine Waren anpreist und den Käufern noch alle möglichen unentgeltlichen Zugaben bei der Abnahme seiner Artikel verspricht, so hat die Sache gewöhnlich einen bedenklichen Haken. Entweder taugt die Ware nicht viel oder die Zugabe ist nichts wert. Vielfach sind auch beide Teile minderwertig.

Genau so ist es mit der Presse, die ihren gläubigen Abnehmern weis zu machen versucht, sie könnte ihnen mehr als entsprechenden Lesestoff bieten. Wie nun einige gerissene Margarinefabrikanten durch Zugabe von schiefen Tellern oder angelosten Tassen urteilslose Menschen anzulocken beabsichtigen, so gibt es auch Zeitungen, die außer ihrem bedruckten Papier den Abonnenten noch eine Versicherung auf Tod und Invalidität versprechen. Jeder denkende und einsichtige Mensch, welcher weiß, was eine reelle Versicherung gegen Unfall und Invalidität allein an Prämienkosten erfordert, wird bald zu der Erkenntnis kommen müssen, daß eine Abonnentenversicherung bei näherem Zusehen für den „Versicherten“ nichts weiter ist, als der angeblich geschenkte schlechte Teller des Margarineverkäufers, der seinen Eigentümer dann am meisten ärgert, wenn er ihn einmal gebrauchen will. Und mit dem Inhalt dieser Zeitungen ist es gleich wie mit falscher Margarine: niemand hat seine rechte Freude daran. Was ja auch selbstverständlich ist. Eine Zeitung, die sich eine ernste Aufgabe gestellt hat, die für eine hohe Sache wirken will, wird wegen ihres Lesestoffes gehalten und will deshalb auch gehalten sein. Sie wird natürlich unter solchen Umständen sehr wohl auf eine sogenannte Abonnentenversicherung verzichten können.

Im übrigen darf die sogenannte Abonnentenversicherung auch als ein Ausfluß des unlauteren Wettbewerbes angesprochen werden. Das ist wiederholt in deutschen Reichstag zum Ausdruck gekommen, wo direkt gesetzliche Maßnahmen dagegen verlangt wurden. Anlässlich der Beratung über das Gesetz betr. den Versicherungsvertrag am 1. Mai 1908 führte der Zentrumsabgeordnete Giesberts nach dem amtlichen stenographischen Bericht u. a. aus: „Nun komme ich auf den ersten Punkt, der mir Gelegenheit zur Besprechung gibt. Das ist die bekannte Abonnentenversicherung, die in den letzten Jahren immer üppiger ins Kraut schießt und sich allgemein zu einem Krebschaden der Presse und des Versicherungsgeschäfts entwickelt hat. . . . Nun ist es ohne weiteres klar, daß ein reelles Zeitungsgeschäft und ein reelles Versicherungsgeschäft sich absolut nicht miteinander vereinbaren lassen, weil die Beträge, die für Abonnement und Versicherung gemeinsam zu zahlen sind, so hoch sein würden, daß sie eher abschreckend auf die Gewinnung von Abonnenten wirken würden, als anziehend. Die Versicherung wird hier zum Hausknecht für die Presse gemacht, die Versicherung soll hier wesentlich das Reklamemittel sein, um Abonnenten einzufangen. Und das ist nicht einmal das Schlimmste: Es werden Tausende um eine gute, reelle Versicherung geradezu betrogen.“

Rebner wies dann im einzelnen an einigen Beispielen nach, daß das Versicherungsprinzip, auf dem die Abonnentenversicherung basiert, nicht reell ist, und meinte schließlich: „Meines Erachtens wäre es am allerbesten, wenn man klipp und klar einen einzigen Paragraphen in den Schlußbestimmungen dieses Gesetzes aufnehmen würde: „die Verbindung von Versicherung und Zeitung ist verboten.“ Solange eine solche Bestimmung nicht da ist, werden skrupellose Zeitungsunternehmer immer Mittel und Wege finden, derartige unsaubere Geschäfte zu machen.“

Dieser scharfen Kritik der Abonnentenversicherung stimmte der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lieberding — in den Augen des Bürgers gewiß eine Kornphäe und Autorität — damals ausdrücklich zu; er wünschte sogar, daß die anständige Presse diese bedauerlichen Ausschreitungen, wie er es nannte, scharfer brandmarken müsse. Von sozialdemokratischer Seite hat es an dieser Brandmarkung selbstverständlich noch nie gefehlt.

Den Reichstag beschäftigte die Frage der Abonnentenversicherung dann noch einmal am 13. Februar 1909. Damals war es der Zeitungverleger Dr. Marcour, der mit aller Schärfe den Abonnentenversiche-

rungsschwindel kennzeichnete. Er zitierte dabei auch verschiedene Stimmen aus den Kreisen bürgerlicher Zeitungsmänner, denen wir folgendes entnehmen: „Der Zeitungsverlag“, das Organ der Zeitungverleger, begrüßte ein gesetzliches Einschreiten gegen die Abonnentenversicherung, „diesem Unfug, unter dem die anständige Presse zu leiden hat.“ Ein Braunschweiger Verleger bezeichnet die Abonnentenversicherung als eins der unfairsten Mittel, deren sich ein Zeitungsverleger bedienen kann.

Soviel über die Charakterisierung der Abonnentenversicherung, wie sie von bürgerlicher Seite im Reichstage gelobt wurde. Unser Genosse Dr. Frank sagte in wenigen Worten das Nötige, indem er ausführte: „In Deutschland aber hat sich die Abonnentenversicherung als die schlechteste Form der Versicherung erwiesen und als die schlechteste Form der Zeitung.“ Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Wie wenig Wert diese Abonnentenversicherung für den Versicherten besitzt, legte Dr. Marcour überzeugend dar. Er sagte:

„Endlich aber, meine Herren, — und das ist die Hauptsache —: kennt denn der kleine, unerfahrene Mann, um den es sich hauptsächlich handelt, alle Bedingungen mit ihren tausenderlei Klauseln, Verkäuflichkeiten und Einschränkungen, die an die Versicherung geknüpft sind? Wenn man sich sonst bei einer soliden Versicherung versichert, so muß man sich erst dem Arzte vorstellen, sich genau untersuchen lassen; man bekommt dann eine Police, man bekommt auch alle Bedingungen vorgezeigt. Bei der Zeitungsverversicherung beschränkt sich der Versicherte in den meisten Fällen darauf, daß er die reklamehafte Ankündigung in der Zeitung liest und meint: „ei, wenn du nur deinen 50-Pfg.-Abonnentenschein hast, dann bist du gegen 1000 Mark versichert. Ja, so steht es nicht. Hierzu nur ein einziges, aber eklatantes Beispiel. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb im Jahre 1906 — auf diese muß ich mich berufen; die Notiz ist meines Wissens nicht widerrufen worden, also wird sie wohl richtig sein —: In Spittel in Lothringen starb im Jahre 1906 ein Arbeiter an den Folgen eines Bruchschadens, der als Abonnent der Wochenschrift „Nach Feierabend“ gegen die Folge von Unfällen und gegen Invalidität versichert war. Außerdem sollten die Hinterbliebenen noch ein Anrecht auf Krankengeld haben. Die Witwe meldete nun ihren Anspruch auf Krankengeld nach dem Tode ihres Mannes an, wurde aber abgewiesen unter Hinweis auf § 6 der seit dem 1. April 1906 gültigen Versicherungsbedingungen. Und wie lautet nun dieser famos § 6 der Versicherungsbedingungen? Nicht entschädigungspflichtig sind Todes- oder Invaliditätsfälle, verursacht durch richterliche Urteile, Krieg oder Mobilisierung von Militär, bürgerliche Unruhen oder Aufruhr, Beteiligung an einer Schlägerei oder an einem Raubhandel. Bis dahin könnte man es ja noch durchgehen lassen. Nun aber heißt es weiter: Nichtentschädigungspflichtig sind ferner Schäden durch offenbare Trunkenheit, innere Erkrankung, Krampf, Schwindel, Schlag und epileptische Anfälle, Bruchleiden, Witterungseinflüsse, Witterungseinflüsse! Wenn also plötzlich Lawetter eintritt, und ein Versicherter tritt z. B. aus dem Reichstag, gleitet aus und bricht ein Bein, dann bekommt er garnichts, Sonnenstich, Operationen, welche infolge Erkrankung von Organen notwendig wurden, und Anfälle, welche von der verletzten Person veranlaßt worden sind durch grobe Fahrlässigkeit oder durch vorzügliches oder grobfahrlässiges Nichtachten der für den Schutz von Leben und Gesundheit bestehenden polizeilichen Vorschriften, sowie Anfälle, welche sich beim Begehen einer nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich als Verbrechen oder Vergehen strafbaren Handlung ereignen, sowie Anfälle, welche sich in Sprengstoffabriken ereignen. Ausgeschlossen von der Versicherung sind ferner Darmverschlingungen, Bauch- und Unterleibsbrüche aller Art sowie die Folgen derselben, Entzündung des Blinddarms und seiner Anhänge, Blutungen aus inneren Organen ohne erkennbare äußere Verletzungen. Der Atem geht einem beinahe aus, wenn man alle diese Ausnahmen hier vorlesen soll, und nun bitte ich Sie, soll irgend ein Versicherter, vor allem ein kleiner Mann aus dem Volke, imstande sein, alle die Ausnahmen sich zu vergegenwärtigen? Das ist ganz einfach ausgeschlossen.“

Wenn die Blätter, welche die Abonnentenversicherung als Lockmittel benutzen, ihren Abnehmern reinen Wein über die Bestimmungen der Versicherung — namentlich über die Usurabehelismungen — einschenken würden, so gingen ihnen wohl niemand mehr auf den Leim.

So schreiben sie aber: „Ein kluger Hausvater, eine treu sorgende Mutter abonnieren usw.“ und hoffen damit Dumme zu fangen. Das sollte sich eigentlich jeder von selbst sagen, denn daß eine Presse, die der-

artigen groben Unfug betreibt, das Interesse ihrer Leser in irgendeiner Weise wahrzunehmen gedenkt, ist ganz ausgeschlossen. Sie sorgt nur für den eigenen Geldbeutel.

In Lübeck wetteifert im Gimpelsang die liberale „Eisenbahn-Zeitung“ mit dem „unparteiischen“ „General-Anzeiger“. Zur Kennzeichnung des Gebarens dieser Blätter ist — wie aus vorstehendem zu ersehen — von sozialdemokratischer und anständiger bürgerlicher Seite im Reichstag und in der Presse schon das Notwendige gesagt. Wer diese Zeitungen abonniert, der unterstützt den unlauteren Wettbewerb und — nach Giesberts — den öffentlichen Volksbetrug und Schwindel.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstags-Erstwahl im Kreise Frankfurt a. O. — Lebus,

die am gestrigen Tage stattfand, brachte leider noch kein definitives Resultat. Nach einer uns soeben aus Berlin zugegangenen Meldung erhielt Faber (S. D.) 14316, Winter (N. L.) 7757, Dunkel (R. u. V. d. L.) 6595 Stimmen. 128 Stimmen sind zerstückelt. Es ist Stichwahl zwischen Winter und Faber erforderlich.

Im Jahre 1907 gestaltete sich das Stimmverhältnis folgendermaßen: Sozialdemokrat 12388, Nationalliberaler 10070 und Reichsparteiler 7722 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der Nationalliberale mit 17805 gegen 12196 sozialdemokratische Stimmen. Erfreulich ist, daß unsere Stimmzahl sich um 2000 vermehrt hat, während die bürgerlichen Stimmen wesentlich abgenommen haben. Es geht doch vorwärts!

Hoffentlich gelingt es uns, den Kreis in der Stichwahl zu holen.

Der Reichstagswahlkreis Wiesbaden

wird bei der nächsten Reichstagswahl wieder hart umstritten sein. Die Nationalliberalen stellen den Kommerzienrat Bartling wieder auf, die Fortschrittler haben den Stadtverordneten Kalkbrenner als Kandidaten nominiert, ferner wollen die hessisch-nassauischen Mittelständler einen eigenen Kandidaten aufstellen und natürlich wird auch das Zentrum mit einem eigenen Kandidaten aufwarten. Von sozialdemokratischer Seite kandidiert Genosse Lehmann-Mannheim wieder, der den Kreis gegenwärtig vertritt.

Die 3½ Millionen Zulage langen nicht!

Für die Unterhaltung des Poseners Kaiser Schlosses hat sich der Staat verpflichtet, der Kronfideikommissverwaltung für jedes Rechnungsjahr die Summe von 88000 Mark für die Unterhaltung des Schlosses zu erstatten. Die Kosten einer etwaigen Hofhaltung trägt die Krone allein. Diese Kostenerstattung ist ungewöhnlich, denn die Unterhaltungskosten für königliche Schlösser werden aus der Zivilliste bestritten.

Trotzdem also Wilhelm II. zu den 15 Millionen Zivilliste noch 3½ Millionen zugelegt worden sind, soll jetzt noch der Staat jährlich 88000 Mk. für die Unterhaltung eines königlichen Schlosses zahlen!

Ist das nicht eine starke Zumutung?

Abwehr-Aktion gegen die Milchtennung.

Die Agrarier in West- und Süddeutschland beabsichtigen, die Milchpreise gleichmäßig in die Höhe zu treiben. Die Verbände der Milchhändler für die von den Agrariern bedrohten Gebiete haben für den 18. und 19. September einen Kongreß nach Koblenz einberufen, um dort über Mittel und Wege zu beraten, wie der agrarischen Preistreiber entgegengetreten werden könnte.

Nach preussischem Muster.

Die in Bayern erscheinende „Gendarmen-Zeitung“ hat sich die Angnade der maßgebenden Stellen zugezogen, weil sie mehrmals Artikel gebracht hat, die für geeignet gehalten wurden, die Disziplin zu untergraben. Dem Gendarmenpersonal ist deshalb verboten worden, die Zeitung zu halten, zu lesen oder zu unterstützen.

Die Antwort der Fleischermeister.

Auf die geradezu ungeheuerliche Begründung, mit der es der Landwirtschaftsminister von Schorlemer ablehnt, etwas gegen die Fleischnot zu unternehmen, gibt die „Allgemeine Fleischerzeitung“ eine ebenso scharfe, als auch völlig zutreffende Antwort. In dem Artikel heißt es:

Worte, nichts als Worte werden den Forderungen des Volkes entgegengelehrt. Diese Vogelstrauchpolitik wird man solange forsetzen, bis das Volk durch die Wahlen im Jahre 1911 es recht laut in die Wahlkanzlei und in das Ministerium hineinschreien wird: Seht wollen wir Taten sehen. Der Minister verweist auf den Erlass vom 27. Juli d. J. an die Landwirtschaftskammern, dessen Wortlaut der Öffentlichkeit übrigens bis jetzt hartnäckig vorenthalten wurde. Glaubt der Minister die Fleischsteuerung durch derartige Erlasse befehlen zu können? Die Agrarier lächeln über derartige Erlasse und fahren fort, nicht mehr Vieh zu züchten und zu mästen, als ihnen gut erscheint, um die Preise hochzuhalten. . . . Das Schreckgespenst der Seuchen- gefahr ist ein Popanz, mit welchem noch immer gekämpft wird, obgleich Praxis und Wissenschaft bewiesen haben, daß die Vieheinfuhr möglich ist, ohne das Inland in Gefahr der Verseuchung zu bringen. Von höchster Wichtigkeit wäre es, wenn der Minister doch näher angeben wollte: wo der große Vorrat an schlachtfähigen Schweinen ist und woher die Zunahme der Zufuhr von Ochsen und Rindern nach den Märkten zu erwarten ist, welche nach seiner Ansicht den Rückgang der Viehpreise zur Folge haben werden. Der Minister wird dringend ersucht, auf diese Fragen recht bald zu antworten."

Über die Besteuerung der Taschengeräte und Kohlenanzünder

wird der "Berliner Börsen-Zeitung" (Nr. 431 vom 15. September) offiziös geschrieben:

Es ist noch keineswegs vorauszu sehen, daß es zu einer Erweiterung der Zündwarensteuer kommen wird, das Reichsschatzamt ist zwar dem vom Zündwaren- syndikat ausgegangenen Plan nähergetreten und hat eine Rundfrage an die Bundes- regierungen gerichtet, aber es hat sich selbst für den Plan noch in keiner Weise festgelegt. Im Reichs- schatzamt meint man, eine gewisse Folgerichtigkeit sei dem Plan ja wohl nicht abzutreten, wenn man Streichhölzer und andere Zündwaren besteuere, könne man auch Taschen- feuerzeuge, Kohlenanzünder und anderes besteuern, aber ob der Reichstag Lust haben werde, sich mit neuen Steuern zu befassen, sei fraglich, zumal das Ergebnis einer erweiterten Zündwarensteuer finanziell nicht sonderlich ins Gewicht fallen könne. Die Zündwarensteuer habe sich gut entwickelt und werde in diesem Jahre annähernd den ver- anschlagten Betrag von 15 Millionen erreichen, nachdem sie in den ersten fünf Monaten etwa 5½ Millionen gebracht habe. Für den Beharrungszustand ist der Ertrag der Steuer bekanntlich auf 25 Millionen jährlich angenommen. Die Antworten der Bundesregie- rungen stehen noch aus und sind auch sobald noch nicht zu erwarten. Was den Reichstag anbetrifft, so ist vorauszu sehen, daß auch die Rechte und das Zen- trum sich nicht leicht bereitfinden lassen werden, einer Erweiterung der Zündwarensteuer zuzustimmen; wird doch die Zündwarensteuer auch in der Wählerschaft dieser Parteien als die drückendste der neuen Steuern empfunden, allenfalls wird man einer Besteuerung der Taschengeräte zustimmen, weil davon hauptsächlich nur die bessergestellten Kreise be- troffen werden würden. Dagegen würde die Besteuerung der Kohlenanzünder auch sehr viele kleine Haushaltungen in Mitleidenenschaft ziehen. Ein an der Steuererhebung hervorragend beteiligter Zentrumsabge- ordneter hat im verfloffenen Winter geäußert, daß, wenn es dem Reichstage gelänge, auf anderem Wege die Mittel zu gewinnen, die jetzt durch die Zündwarensteuer aufgebracht werden, es am besten sei, diese Steuer ent- weder ganz aufzuheben oder die Höhe doch bedeutend zu ermäßigen. Falls der Bundesrat sich wirklich ent- schließen sollte, eine Erweiterung der Zünd- warensteuer vorzuschlagen, so könnten einem solchen Entwurf selbst in der Steuermehr- heit des Reichstags keine besonders gün- stigen Aussichten eröffnet werden. Daß die ge- samte Linke den Entwurf ablehnen würde, wäre wohl als sicher anzunehmen.

Steuerdrückeberger.

Das Ergebnis der Einkommensvereinschätzung in Preußen für das Jahr 1909 wirkt wieder wie im Jahre 1908 recht interessante Streiflichter auf die Steuerfreudig- keit der besitzenden Klasse. Zu Steuerdeklarationen sind nur diejenigen verpflichtet, die mehr als 3000 Mk. Ein- kommen haben. Es sind im genannten Jahre 772 943 Steuererklärungen eingegangen. Davon wurden mehr als ein Drittel beanstandet und in 190 000 Fällen wurden die Endergebnisse der Erklärungen als falsch festgestellt und berichtigt. Mithin haben ein Viertel aller Steuerpflichtigen falsche Erklärungen über ihr steuerpflichtiges Einkommen abgegeben, um dem Staate die schuldigen Steuern vorzu- enthalten. Durch die Beanstandungen sind in dem einen Jahre 347 Millionen Mark an steuerpflichtigen Einkommen mehr als angegeben ermittelt worden. Das hieraus resultierende Mehr an Einkommensteuer bezifferte sich auf ca. 12 Millionen Mark. Im Jahre 1908 wurde durch die Nachprüfungen der Steuerdeklarationen 330 Millionen Mark steuerpflichtiges Einkommen mehr festgestellt und rund 11 Millionen Mark Steuern heraus- geholt. In den letzten 12 Jahren aber holte man durch diese Kontrolle 108 Millionen Mark Steuern mehr von den Drückebergern. — Wieviel mögen aber mit ihrem Schwindel noch weggekommen sein und den Staat um die Steuern betrogen haben?

Die Tätigkeit des Hansabundes

hat in den letzten Wochen ganz besonders große Dimen- sionen angenommen. Wie mitgeteilt wird, sind dem Bunde gegen 30 große wirtschaftliche Verbände, in erster Linie der Verband der Hamburger Reeder, beigetreten. Auch hat der Bund in den letzten Wochen etwa 300 neue Vertrauensmänner in den verschiedensten Teilen Deutsch- lands aufgestellt. Der Bund ist also tüchtig an der Ar- beit, die Vorbereitungen für die kommende Reichstags- wahl zu treffen, und es ist sicher keine Übertreibung, wenn dieser Tage in der Presse gesagt wurde, daß der Hansa- bund einen Beitrag von 5-6 Millionen Mark für die Wahlen zur Verfügung haben werde.

Die Politik des Hansabundes.

Der Hansabund nimmt abermals Veranlassung, sich gegen die konservative und agrarische Presse zu wenden, die ihm fortwährend vorwirft, daß seine Taktik auf die Unterstützung der Sozialdemokratie hinausläuft. Die Er- klärung des Hansabundes besagt, daß er sich seine Taktik keineswegs von seinen Gegnern vorschreiben lasse; auch gedenke er nicht, irgendwo die Leitung des Wahlkampfes zu übernehmen, sondern werde das den zuständigen politischen Parteien ruhig überlassen. Weiter heißt es dann:

"Wenn aber gewisse Kreise immer noch glauben, man könne allein durch agitatorischen Kampf oder mit Schlag- worten die Sozialdemokratie bekämpfen, so muß man das eben als das erkennen, was es ist: als einen bedauerlichen Irrtum. Die Sozialdemokratie wird am wirkungsvollsten bekämpft durch die vom Hansabund vertretene gerechte, das heißt allen Erwerbsständen ohne Ausnahme gleicher- mäßig gerecht werdende Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Niederringung der Wirtschaftspolitik des Bundes der Landwirte ist eins der wirkungsvollsten Mittel, um Demon- strationswahlen zu verhindern und damit das Deutsche Reich vor inneren Erschütterungen zu bewahren!"

So entschieden die Auslegung auch klingt, so wird man doch gut tun, ihr eine besondere Bedeutung nicht beizumessen, denn in der letzten Zeit ist der Hansabund mit seinen Erklärungen hin- und hergeschwankt. Jeden- falls steht soviel fest, daß der Hansabund auch für seinen Teil die Bekämpfung der Sozialdemokratie betreiben wird. Schließlich geht der Hansabund noch ein auf die Boykottierungspolitik des Bundes der Landwirte und be- hauptet, für einige Boykottierungsfälle dokumentarische Beweise dafür in der Hand zu haben, daß die Boykot- tierung direkt von der Organisation der Agrarier inszeniert worden ist.

Wertlose evangelische Arbeitervereine.

Die "Deutsche Tagesztg." wendet sich am Donnerstag abend gegen den Evangelischen Arbeiterverein in Frank- furt a. O., der beschlossen haben sollte:

"Die Versammlung des evangelischen Arbeitervereins Frankfurt spricht sich entschieden gegen die konservativ- bündlerische Kandidatur des evangelischen Arbeitersekretärs in Frankfurt a. O. aus. Die Versammlung erklärt, diese Kandidatur in keiner Weise zu unterstützen."

Das Bündlerblatt meint, besonderen politischen Wert haben solche evangelischen Arbeitervereine nicht. Unter- dessen hat das "Berliner Tageblatt", dem die Notiz ent- stammt, festgestellt, daß bei Angabe des Ortes ein Druck- fehler unterlaufen ist, denn der besagte evangelische Ar- beiterverein hat sein Domizil nicht in Frankfurt a. O., sondern in Frankfurt a. M.!

Das neue Stellenvermittlergesetz.

Nach diesem Gesetz hat die Polizeibehörde den Tarif für die Stellenvermittler festzusetzen. In Berlin ist es nun geschieden, und die Höhe der Tage dürfte den Stellenver- mittlern eine schwere Entlastung bereiten.

Die Polizeibehörde hat für landwirtschaftliches Auf- sichtspersonal einen Höchstbetrag von 6 Mk. an Gebühren festgesetzt, für auswärtiges landwirtschaftliches Gesinde 15 Mk., für inländische Tagelöhner 3 Mk., für ausländi- sche Saisonarbeiter 3-8 Mk. — Für städtisches Gesinde dürfen im Höchstfalle erhoben werden 6 Mk., für Aus- hilspersonal 30 Pfg., für Gast- und Schankwirtspersonal, das mit der Aufsichtsführung beauftragt wird, 6 Mk., für das übrige Personal 2-4 Mk., für Ausschusstellen im Gastwirtsgerwerbe 20 Pfg.

Die Stellenvermittler, die gutachtlich gehört worden sind, haben Taten von 30-40 Mk. verlangt und dieses damit begründet, daß sie hohe Entschädigungen an die Schlepper bezahlen müssen. Das Schlepperwesen ist nach dem neuen Gesetz verboten und diese Ausgabe der Stellen- vermittler fällt damit weg. — Vermutlich dürfte aus den Kreisen der Stellenvermittler, die bisher namentlich von dem Personal, das sie für das Gastwirtsgerwerbe vermit- telten, mitunter enorm hohe Beiträge gefordert haben, leb- hafter Protest erhoben werden, der nach Lage der Sache allerdings kaum Berücksichtigung finden wird.

Zentrums-Klage.

In der ultramontanen "Märkischen Volkszeitung" ist zu lesen:

"Es war am Festsonntag des Katholikentages; min- destens 20 000 Menschen hatten Augsburg durch Fern- züge erreicht; der Bahnhof war für Stunden der Mittel- punkt eines Riesenerregens gewesen. Da traf ich um die Mit- tagssunde einen Mann auf dem Bahnsteig, der recht mißgestimmt vor einigen Stößen von Zeitungen saß. Den Grund seiner schlechten Laune wußte ich bald. Es war der Zeitungshändler des Bahnhofes; mit Rücksicht auf den Katholikentag waren ihm all diese Zeitungen, katho- lische, altbekannte Blätter, geliefert worden und bis zur Stunde war noch kein einziges Zeitungsblatt von all diesen Tausenden von katholischen Männern gekauft worden; einige liberale Blätter hatte er an die Schnellzüge gelie- fert; es war ihm sauer genug geworden, überhaupt heran- zukommen — aber von allen Katholikentagsbesuchern hatte keiner jenen Drang nach der geistigen Tagesakt in ihrer Zeitung gespürt, der unseren Gegnern so eigen ist."

Was mag das endliche Schicksal dieser christlich-katho- lischen Zeitungen gewesen sein? Blätter, die mittags noch nicht verkauft waren, haben bestimmt am Nachmittag erst recht keine Käufer gefunden. Kirchweihstimmung ist eben kein Anreiz zum Zeitungslesen und schließlich wissen auch die katholischen Arbeiter, wie die echt-katholische Presse zu bewerten ist.

Weitere Stärkung der Bischofsgewalt.

Eine aufsehenerregende Meldung bringt die katho- lische "Augsburger Postzeitung" aus Rom. Danach wird es bei dem Dekret der Konfistorial- kongregation, das den Bischöfen das Recht zur Absetzung der Pfarrer gibt, auch nicht sein Bemühen haben. Auf Grund der Angaben einer gut unterrichteten kirchlichen Stelle schreibt der römische Mit- arbeiter des genannten Blattes, es stehe außer Zweifel, daß Papst Pius X. durch das neue Dokument seine feste Absicht kundtue, die katholische Hierarchie immer mehr zu kräftigen durch die Bestätigung der Auto- rität der Bischöfe über den ihnen unterstellten Klerus. Dann heißt es weiter:

"Der Papst hat sein Programm auf die- sem Gebiete noch nicht erschöpft. Das Dekret

kann natürlich in allen jenen Ländern sofort in die Tat umgesetzt werden, wo kein Konkordat besteht. Wo aber ein Konkordat besteht, wo der Pfarrer durch die Re- gierung in die Pfarre eingesetzt ist oder ein Plazet erhalten mußte, kann es theoretisch vorkommen, daß der Geistliche sich weigert, die Verfügung des Bischofs anzuerkennen. Wo ein Konkordat besteht und damit auch gute Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhle und der betreffenden Regierung, wird der Staat freilich keine Schwierigkeiten machen, es müßte denn höchstens eine Ver- stimmung bestehen, in der die Regierungen durch Wider- stand oft einen Druck auszuüben hoffen. In Italien, wo ganz spezielle Verhältnisse bestehen, ein Plazet ohne Kon- kordat, sind kuriose Verhältnisse immerhin möglich."

Um nun zu verhindern, daß sich so etwas zutrage, soll Papst Pius X. die Absicht haben, in der Ernennung der Pfarrer eine wichtige Modifikation einzuführen. Diese würden nach der Modifikation nicht mehr auf Lebenszeit, sondern zur Verfügung der Bischöfe ernannt; mit ihrer Ernennung wäre also kein Privilegium mehr verknüpft."

Zur Durchführung dieses Planes, heißt es am Schluß der Mitteilung, sind allerdings delikate Ver- handlungen nötig."

Ultramontane Verlogenheit.

Die bekannte Schutzzollparole des Reichskanzlers gibt der "Kölnischen Volks-Zeitung", dem führenden Zentrums- blatte am Rhein, Anlaß zu einer Verdrehung, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Das Blatt versucht näm- lich mit der Behauptung haarsieren zu gehen, daß es nur dem Zentrum zu verdanken sei, wenn die Nahrungsmittel- zölle nicht noch höher sind, als wie sie der Zolltarif vom Jahre 1902 vorgegeben hat. Angeblich sollte Fürst Bülow für noch höhere Getreidezölle zu haben gewesen sein und diese Absicht nur aufgegeben haben, infolge des Widerstandes eines Teils des Zentrums. Selbst wenn das richtig wäre, so läge darin noch keineswegs eine Ent- schuldigung für den auch vom Zentrum geliebtenen Le- bensmittelwucher. Daß der Zolltarif überhaupt zustande kam, ist ganz wesentlich dem Zentrum zu danken. Denn der Antrag, die namentlichen Bestimmungen zu vereinfachen, ist vom Zentrum gestellt worden und der zweite Antrag, die Geschäftsordnungsdebatten einzuschränken, fand seine Entstehung ebenfalls im Zentrum, er wurde von dem Abg. Gröber gestellt. Wenn also jetzt ein führendes Zentrumsblatt in Versuchung gelangt, die Sache so darzustellen, als ob sich das Zentrum mit seinem Ver- halten bei den Zollkämpfen geradezu ein Verdienst um das Volk erworben habe, so muß zur Steuer der Wahr- heit ausdrücklich festgestellt werden, daß das Instande- kommen des Wucherzolltarifes eben gerade dem Zentrum vorzugsweise zu verdanken ist.

Frankreich.

Der Militarismus als Mörder. Die Grausam- keit der Straskompagnien und die furchtbare Strenge gegen Disziplinvergehen ist eines der widerlichsten Erbsünde aus der Monarchie, an dem die Bourgeois-Republik unwandel- bar festhält. Unter der Verantwortung Briands ist ein neues Opfer dieses Systems gefallen. Am 8. September wurde der Strassoldat Dulery, weil er einen Sergeanten mit einem Messer verwundet hatte, in Tunis standrechtlich erschossen. Wegen eines Disziplinvergehens einer Straf- abteilung zugeteilt, war er den Schikanen der Unteroffi- ziere entflohen, aber wieder festgenommen worden. Im Gefängnis Souk el Arba wurde er weiter gequält, erhielt insbesondere nie die vorgeschriebene Portion Essen. Der Hunger trieb ihn zur Beschwerde, und im Streit mit einem Sergeanten warf er diesem einen Eimerdeckel an den Kopf. Er sollte darauf in eine Zelle ohne Einrichtung gebracht werden. Im Streite stach er den Sergeanten mit einem Messer, das er bei seinen Sachen versteckt hatte. Der Verletzte war 14 Tage leidend. Dulery aber wurde vom Kriegsgericht zu Tunis zu Anfang März zum Tode verurteilt. Seit dieser Zeit wartete er auf die Entscheidung des Präsidiums. An der Begnadigung war kein Zweifel, zumal nach der Begnadigung des raffinierten Frauenmörders Graby, dessen Vater freilich ein Polizist ist. Dulerys Eltern sind nur beide Tagelöhner. Sie stammen aus Savoyen, das Präsident Fallieres jetzt be- reist, um seine fünfzigjährige Zugehörigkeit zu Frankreich zu feiern. Nach der Hinrichtung Liaboeufs, der als Rächer seiner von der Sittenpolizei verleumdeten Ehre einen Polizisten getötet hatte, und der Begnadigung Grabys ist die feige Ermordung dieses Messerstechers aus- angepeinigter Leidenschaft ein neues Dokument der Schreckensherrschaft, auf der auch die bürgerliche Republik ihr Dasein zu erhalten sucht. Ihre Wortführer Fallieres und Briand aber dürfen sich befriedigt an die Seite ihrer russischen Bundesgenossen stellen, die auch den gemeinen Verbrecher schützen, um gegen Personen, die dem "System" gefährlich scheinen, die volle Grausamkeit ihres Gesetzes wüten zu lassen.

Griechenland.

Die Nationalversammlung ist am Mittwoch vor- mittag eröffnet worden. In der Eröffnungsrede sagte der König: Die Bedingungen, unter denen die Nation den Beschluß der Kammer vom 18. Februar annahm, haben bewiesen, daß unser ganzes Volk die Verfassung und Kraft unseres Landes unverfehrt aufrecht erhalten will. Auf derselben Grundlage wurde der allgemeine Wunsch ausgesprochen, daß nur die nicht grundlegenden Bestim- mungen der Verfassung revidiert werden sollen. So wurde das Volk dazu berufen, eine doppelte Zahl von Abgeord- neten zu dieser Verfassungsrevision zu erwählen. Ich freue mich, Sie hier begrüßen zu können, freue mich um so mehr, als die überaus friedliche Weise, in welcher die Wähler von ihrem höchsten politischen Recht Gebrauch ge- macht haben, von neuem unter ungewöhnlichen Umständen die Reife des griechischen Volkes bewiesen haben. Ihre Aufgabe wird eine sehr arbeitsreiche sein, aber ich bin überzeugt, wenn Sie diese mit derjenigen Sorgfalt auf sich nehmen, welche durch die schwierige Lage bedingt ist, wenn Sie Ihr Mandat mit Patriotismus, politischer Erfahrung, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse, Anschauungen, Charakter- eigenschaften und den Willen des hellenischen Volkes aus- üben, daß sie dann alle Schwierigkeiten überwinden und das ihnen auferlegte Werk zu einem guten Ende führen. Sie werden auf diese Weise für die im Anschluß an ihre Tagung stattfindenden regelmäßigen Sitzungen der Kammer eine Grundlage finden, die der Tätigkeit der staatlichen

Organe und Wiederherstellung der politischen Ordnung zu trüglicher und der Verwirklichung der sozialen Ideale günstiger sein wird.

Südafrika.

Der Besieger Bothas als Organisator des süd-afrikanischen Heeres. Premierminister General Botha erklärte in einer Rede, aus den in Südafrika zu Gebote stehenden Mannschaften könne das beste Verteidigungsheer der Welt gebildet werden. Er erbat die Unterstützung der Welt um seine Mitwirkung bei der Schaffung einer solchen aus Angehörigen beider Rassen zusammengelegten Streitmacht. Seiner Ansicht nach könnte Lord Methuen mit der Organisation dieser Truppe betraut werden, oder, falls ein anderer britischer Offizier dazu notwendig sei, möge sein alter Kriegskamerad Lord Kitchener diese Aufgabe übernehmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 16. September.

Feuchtigkeit von Wohnungen. Mit dem Eintritt der rauheren und feuchteren Jahreszeit wird vielfach die Wahrnehmung gemacht, daß sich in Wohnungen Feuchtigkeit zeigt, die meist von unrichtiger Behandlung, schlechter Lüftung, Wäschelecken, Waschen und Trocknen in den Wohnungen usw. herrührt. Es sei daher den betreffenden Mietern und Vermieterern dringend empfohlen, vor allem für eine gründliche Durchlüftung der Wohnräume zu sorgen. Solange es die Witterung gestattet, halte man die Fenster offen, mindestens aber: sollten die Fensterflügel ein wenig geöffnet sein, damit etwa vorhandene Wasserdämpfe und Ausdünstungen abziehen und sich nicht an den Wänden und Fenstern niederschlagen können. Bei nebligem Wetter ist es ratsam, die Fenster geschlossen zu halten und nur von Zeit zu Zeit durchzulüften. Bei richtiger Behandlung der Wohnungen werden feuchtigkeitserzeugende Ursachen vermieden. Leider werden diese eigentlich selbstverständlich erscheinenden Forderungen vielfach wenig berücksichtigt. Vielen Menschen fehlt der Sinn für die Bedeutung einer einwandfrei gehaltenen Wohnung. So äußert sich der heftigste Wohnungsinspektor in seinem jüngsten Jahresbericht: „Kommt man hinaus in die Praxis und sieht wie die Wohnungen innen aussehen, so scheint es manchmal schwer unglücklich, daß solche Zustände von gestifteten Menschen ertragen werden können. Wenn es sich um ein oder zwei kleine Räume zusammengeworfene Familien, oder wenn die Mutter krank ist oder dem Verdienste nachgehen muß — alles Fälle, die sehr zahlreich sind —, so ist jener Zustand noch entschuldbar. Aber nicht selten liegen derartige Hinderungsgründe nicht vor; es ist Unverständnis und Leichtsin, mitunter wohl auch Trägheit, die hier die Schuld tragen. Gelänge es, hier eine erhebliche Besserung herbeizuführen — von der Möglichkeit einer Beseitigung wird man auch bei größtem Optimismus nicht sprechen können — so wäre damit ein bedeutendes Stück Kulturarbeit geleistet.“ Es ist deshalb beherzigenwert, was der Bürgermeister von Wensheim in Wensheim in seinem letzten Jahresbericht schreibt: „Zunehmend möchte ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen wieder betonen, daß jeder, der in der Lage ist, auf weitere Kreise unseres Volkes erziehend und belehrend einzuwirken, namentlich auf unsere Jugend, die beiden wichtigsten sozialen Tugenden: Sinn für Ordnung und Reinlichkeit, ausreichend pflegen und das Verständnis der hervorragenden Bedeutung einer gesunden und gut erhaltenen Wohnung für die Entwicklung von Geist und Körper wecken und fördern möge. Ich denke dabei insbesondere an unsere Schulen. Man redet heute so viel von Jugendfürsorge, und zahlreiche für das Wohl unseres Volkes begeisterte Männer und Frauen widmen sich in hingebender Weise dieser schönen Sache. Aber was helfen alle diesbezüglichen Bestrebungen, wenn die Jugend bei den engen und ungesunden Wohnungsverhältnissen fortgesetzt ersten sittlichen Gefahren ausgesetzt bleibt. Auch in Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten, namentlich der Tuberkulose, geschieht so vieles; aber die Hauptfache, einwandfreie Wohnungen, und worauf ich großes Gewicht lege, einwandfreies Wohnen, bedarf noch viel größerer Beachtung.“

Lebensmilde. Gestern nachmittag 4½ Uhr bemerkten Passanten, wie gegenüber der Lübecker Konferenzfabrik ein junges etwa 16jähriges Mädchen in selbstmörderischer Absicht in den Elbe-Drain-Ranal sprang. Es gelang, die Unselbige, die schon das Bewußtsein verloren hatte, dem raschen Elemente zu entziehen und wieder ins Leben zurückzuführen. Hoffentlich ist das Mädchen von der Absicht, ihr junges Dasein mutwillig zu beenden, nunmehr gründlich kuriert.

Arbeiterverstoß. Am Dienstag vormittag zog sich die auf den Lubeca-Werken beschäftigte Arbeiterin Stender dadurch eine recht schmerzliche Verletzung zu, daß sie sich bei ihrer Arbeit an der Maschine den Messeltempel durch den Zeigefinger der linken Hand drückte. Sie mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — Beim Transportieren von Blech in der gleichen Fabrik erlitt Mittwoch mittag die dort beschäftigte Arbeiterin Wichmann so bedeutende Schnittwunden an der einen Hand, daß sie sofort die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte. — Eine Quetschung der beiden ersten Finger der linken Hand erlitt vor etwa acht Tagen Frau Krippgans, welche auf den Lubeca-Werken mit dem Anrollen von Dosenbeckeln beschäftigt war. Während es zunächst den Anschein hatte, als ob die Heilung der verletzten Finger noch möglich sei, hat man jetzt leider zu einer Amputation derselben schreiten müssen.

100 Mark Belohnung. In der Nacht vom 1. auf den 2. September ist der Segelkutter „Alex“ des Seglervereins „Trave“ von seinem Liegeplatz bei der Herrenfähre gestohlen und in der Nähe von Steinbeck am Mecklenburger Ufer auf Strand gefischt worden, wodurch er total zerschellte. Der Verein setzt für die bestimmte Ermittlung der Täter eine Belohnung von 100 Mark aus. Nachrichten werden an Herrn L. Frede, Lübeck, Breitestraße 31, erbeten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend, kommt „Wenn der junge Wein blüht“ zur Wiederholung. Am Sonntag, abends 7½ Uhr, geht Kubers große Oper „Die Summe von Portici“ in neuer Einstudierung in Szene. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Masaniello Herr Viktori, Elvira Fel. Weber, Alphonso Herr Melzer, Pietro Herr Bollmer, Fenella Fräulein Walter. Die Inszenierung des Wertes liegt in Händen des Herrn Islaub, die musikalische Leitung hat Herr Pfeiffer. In Vorbereitung für Montag befindet sich die phantastisch-fantastische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Nicolai.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag, abends 7½ Uhr, wird die Spielzeit mit dem erfolgreichen Lustspiel „Der dunkle Punkt“ von Kadelburg und Preßler eröffnet. In den Hauptrollen sind die Damen Werner, Bog, Gerlach und Eschering sowie die Herren Fuchs, Brünow, Stahl-Nachbauer, Albert, Scholz und Glinar beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Fuchs. **Schlutup.** Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet umfandehaber nicht morgen, sondern erst am Sonnabend, dem 21. September statt.

Schwartau. Versammlung. Heute abend findet unsere Frauenversammlung statt. Alle Genossinnen müssen erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

Seerath. Parteiverammlung. Am Sonnabend, dem 17. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet unsere Parteiverammlung bei H. Frähme statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen wird erwartet.

Obdeseo. Arbeitsstellen. Die beim Tischlermeister Harber beschäftigten 10 Gesellen haben am Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Auf Grund des im April d. J. mit den Obdeseoer Meistern abgeschlossenen Vertrages soll am 1. September d. J. ein Lohnaufschlag von 2 Pf. pro Stunde erfolgen. Während alle anderen Arbeitgeber anstandslos den Aufschlag zahlten, tat Herr H., der selbst beim Vertragsabschluss zugegen war, als wisse er von der Sache nichts. Erst auf Drängen der Kollegen sah er sich schließlich veranlaßt, 4 Mann den Aufschlag zu zahlen; den übrigen Kollegen erklärte er, sie verdienten den höheren Lohn nicht, wenn sie nicht zu den alten Sätzen weiterarbeiten wollten, könnten sie gehen. Für solche „Vertragstreue“ zeigten die Gesellen natürlich kein Verständnis und als sich Herr H. selbst dann nicht zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten verstehen wollte, als er vom Bauvorstand auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht wurde, stellten die Kollegen geschlossen die Arbeit ein. Herr Harber, der sich durch seine Handlungsweise außerhalb des Vertrages gestellt hat, muß jetzt auch die Folgen seines Vertragsbruchs tragen. Am strengsten Fernhaltung des Zuzuges wird gebeten. Der Bauvorstand.

Hamburg. Folgenswerter Einsturz eines Neubaus. Am Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr stürzte an einem hinter dem Grundstück Bartholomäusstraße 40 bis zum Dach fertiggestellten zweistöckigen Neubau, der von dem Bauunternehmer Stoob ausgeführt wird, die Hinterwand mit lautem Knack ein. Ehe sich die am Bau beschäftigten Arbeiter in Sicherheit bringen konnten, stürzten die aus Betonmörtel hergestellten Decken nach und rissen die darauf stehenden Arbeiter mit in die Tiefe. Von allen Seiten liefen Passanten und Anwohner herbei, denen sich ein schrecklicher Anblick bot. Zwischen den zusammengefallenen Mauerresten lagen die Verunglückten wehlagen, aber trotz ihrer Schmerzen bemüht, sich aus den Stein- und Schuttmassen zu befreien. Von mehreren Seiten war inzwischen die Feuerwehr von dem schrecklichen Unglück in Kenntnis gesetzt worden. Die Feuerwehrzüge 5 und 10 rückten sofort zur Unfallstelle, wo sie Arbeit genug vorfanden. Zwei Arbeiter waren bereits mit Hilfe von Zivilpersonen aus den zusammengefallenen Steinmassen herabgezogen worden. Fünf weitere Männer wurden von den Feuerwehrleuten, die unter des Brandinspektors Krebs Führung mit dem Brandmeister Sander die Rettungsarbeiten ausführten, geborgen. Alle mußten mit Kopfverletzungen versehen werden. Fünf Schwerverletzte fanden Aufnahme im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg, zwei Schwerverletzte konnten in ihre Wohnungen entlassen werden. — Selbstmord im Eisenbahnzuge. Als sich gestern vormittag der fahrplanmäßig um 10 Uhr 25 Minuten vom Hauptbahnhof abfahrende Lübecker Zug in Bewegung setzte, erschob sich ein Passagier der vorderen Wagenklasse, indem er den Kopf zum Fenster hinausstreckte und sich eine Kugel in die Schläfe jagte. Vom Stellwerk beim Postbahnhof war der Vorgang bemerkt worden, auf den auch die im Wagen befindlichen Passagiere aufmerksam machten. Daraufhin wurde der Zug wieder zum Halten gebracht und der mit Blut besudelte Wagen aufgezogen. Nach den Papieren des Selbstmörders, die man bei ihm fand, heißt er Braun, ist 25 Jahre alt und wohnt in der Ortrudstraße. — Ein Fallschirmjäger verhaftet. Bei der Verhaftung eines falschen Zweimarkstückes wurde am Mittwochabend der 39 Jahre alte Händler August Simmerlund ergriffen und verhaftet. S. hatte einer in einer Trinkhalle am Zeughausmarkt bediensteten Verkäuferin ein falsches Zweimarkstück in Zahlung gegeben. Die Verkäuferin, die den Betrug sofort entdeckte, rief einen Schuhmann herbei; doch verlor S. sich seiner Verhaftung zu entziehen, indem er nach dem Neuen Steinweg zu entflo. Er wurde aber verfolgt, eingeholt und gefesselt zur Wache geführt, da er seiner Festnahme Widerstand entgegensetzte. Auf der Wache wurde er verurteilt, wobei 21 falsche Zweimarkstücke zum Vorschein kamen. S. gab an, die Falschstücke von einem Unbekannten erhalten zu haben, gestand aber, bereits 14 falsche Zweimarkstücke ungesetzt zu haben. Die Polizei nimmt an, daß S., der seine Wohnung verheimlicht und fingierte Adressen angibt, in seinem Schlafwinkel die Herstellung der Falschstücke vorgenommen hat und daß sich dort Material zur Überführung des Verbrechers als Fallschirmjäger befindet. S. ist erst im Jahre 1903 in Altona wegen Münzverbrechens zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die bei ihm vorgefundenen und beschlagnahmten Falschstücke sind verschiedener Art. Achtzehn Falschstücke tragen das Münzzeichen A und das Bildnis Wilhelms II.; elf davon die Jahreszahl 1904, sieben 1905. Die übrigen drei Falschstücke, die das Münzzeichen E und das Bildnis Georgs von Sachsen aufweisen, tragen die Jahreszahl 1904. Die Untersuchung ist im vollen Gange.

Neumünster. An die Stadtverordnetenversammlung. welche am Mittwoch tagte, hatten unsere Vertreter folgenden Antrag gerichtet: „Die im ganzen Deutschen Reich herrschende Preisnot, hervorgerufen durch die Wucherpolitik der Junker, die immer noch vorhandene Grenzsperrung der Regierung, welche als Liebesdienst gegenüber der Agrarpolitik anzusehen ist, hat auch in der zur Hauptsache aus Arbeitern bestehenden Bevölkerung der Stadt Neumünster eine fortwährende Steigerung der Fleischpreise und einen Konsumrückgang zeitigt. Dadurch ist der leider schon in den breiten Massen herrschenden Unterernährung Vorstoß geleistet worden. Auf Grund dieser traurigen Tatsachen fordert die heutige Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, unverzüglich bei der Regierung im Interesse des Allgemeinwohls die Öffnung der Grenzen zu fordern, um dadurch eine Verbilligung der Fleischpreise zu erreichen.“ Der Antrag wurde von unseren Genossen eingehend begründet. Die bürgerlichen Vertreter nahmen an den scharfen Ausdrücken Anstoß, erklärten sich aber im Prinzip mit dem Antrag einverstanden. Nach eingehender Beratung, wobei es zu gegenseitigen Auseinandersetzungen kam, gelangte ein Antrag des Stadtverordnetenvorstandes, der im Zweck mit unserm Antrag übereinstimmt, nur in etwas milderer Form abgefaßt war, einstimmig zur Annahme. Unsere Genossen zogen, damit in der Sache etwas zustande kam, ihren Antrag zurück.

Neumünster. Die Kehle durchschneiden. Der Scherenkleiber Schröder, früher in Neumünster als Arbeiter beschäftigt gewesen, schnitt sich in Bad Bramstedt mit einem Messer die Kehle durch. Er sollte demnächst vor Gericht erscheinen.

Binneberg. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich Mittwoch abend auf der Chauffee Rellingen-Egenbüttel. Ein mit drei Personen besetztes Automobil der Firma Fischer, Hamburg, karambolierte mit dem Fuhrwerk des Bier- und Spirituosenhändlers Hasse, Binneberg. Das Auto schlug um, und ein mitfahrendes junges Mädchen aus Niendorf, das bei dem Gastwirt Hein, Egenbüttel, in Stellung war, wurde durch die Glasscheibe auf die Chauffee geschleudert, wo es besinnungslos liegen blieb. Ein herbei-

geleiteter Arzt konstatierte schwere Kopfverletzungen, eine schwere Gehirnerschütterung, und veranlaßte den Transport des jungen Mädchens in das Kreiskrankenhaus. Wer Schuld an dem Unglück ist, wird wohl die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Husum. Ausnutzung von Ebbe und Flut. Am Montag fand eine Generalbesichtigung der Außenbeichlände zwischen dem Simonsberger Roog und dem Seebich der Südermarsch (Wabelacker Galtig-Simonsberger Roog) statt. Diese Besichtigung hatte den Zweck, zu prüfen, ob jenes Terrain geeignet ist zur Ausführung des Projektes, das Ingenieur Wein-Hamburg auf Grund langjähriger praktischer Versuche (an der Hand großer Modelle) sowie ihm von verschiedenen Behörden zur Verfügung gestellter Unterlagen gemacht hat zur Ausnutzung der Kraft von Ebbe und Flut. Nach der Besichtigung hielt Herr Wein einen Vortrag über die Lösung seines Problems. Das gesamte zur Verfügung stehende Terrain hat eine Größe von 380 Hektar. Die Wassermengen, die hier aufgestaut werden, sind in der Lage, zirka 5000 effektive Pferdekkräfte oder täglich 130 000 Pferdekräften zu erzeugen. Diese, durch Ebbe und Flut erzeugte Kraft soll in erster Linie Verwendung finden zur Erzeugung von Elektrizität, die in einem Umkreis von 30—35 Kilometer abgegeben werden soll. Die elektrische Energie soll Verwendung finden zu Leucht- und Kraftzwecken für die Kreise Husum, Eiderstedt, Norderdithmarschen, sowie Teile der Kreise Rensburg, Schleswig und Londern. Die bei den einzelnen Gemeinden gemachten Umfragen haben solche Zustimmung gefunden, daß das Zustandekommen dieses Unternehmens an der gedachten Stelle nicht mehr zu bezweifeln ist.

Fehmarn. Das Schweigen der Schuld. Was bleibt die Antwort? fragt die „Kieler Zeitung“, und meint damit das auffällige Schweigen der Regierung zu der Veröffentlichung des Reichstagsabgeordneten Dr. Strupe in Sachen der galizischen Dienstmagd Josefa Katan, die widerrechtlich seit acht Monaten in Burg a. H. gefangen gehalten wird. Wir hätten erwartet, sagt die „Kieler Zeitung“, daß der Landrat oder der Regierungspräsident sofort die Angelegenheit des Abgeordneten Strupe auf Grund amtlichen Materials klarstellen werde. Das ist nicht geschehen und wir sind nachgerade gezwungen, das Schweigen der Regierung als ein Schuldbekenntnis anzusehen. So steht es in der Tat. Das ungeheuerliche Vorgehen der Regierung, ein völlig schuldloses Mädchen acht lange Monate hinter Gittern zu sperren einzuschließen, läßt sich nicht ablenken. Also bleibt die Regierung auf alle Fragen nach dem „Warum?“ die Antwort schuldig und tröstet sich damit, daß über die Geschichte Gras gewachsen sein wird, ehe sie zur parlamentarischen Verhandlung kommt. Auf ähnliche Weise ward ja schon mehr als eine Ungeheuerlichkeit, die von preussischen Behörden ausging, „erledigt“. Am Ende gibt es in dem Muß preussischer Gesetzesbestimmungen wohl auch noch irgend einen hilfreichen Paragraphen, mit dem der tollste landräuliche Willkürakt „gesetzlich“ gerechtfertigt werden kann. Aus den Archiven, die sich mit diesem neuesten Fall russischer Unkultur beschäftigen, wollen wir hier noch die „Köln. Ztg.“ zitieren. Das rheinische Blatt schreibt: „Die Fragen Dr. Strupes, die sich jedem aufdrängen, der die rätselhafte Haftgeschichte des polnischen Dienstmädchens hört oder liest, sind bisher nicht beantwortet worden. Inzwischen aber geht die Erzählung durchs Volk und tut ihre Wirkungen, die sich auch dadurch nicht lindern lassen, daß man die Möglichkeit zugibt, der Landrat und mit ihm der Regierungspräsident hätten auf Grund irgendeiner alten und verrosteten Vorchrift so und nicht anders handeln müssen. Sind die Regierungsbeamten in Schleswig formell im Recht, so mußte doch auch bei ihnen das Gefühl für bürgerliche Gerechtigkeit bei diesem Anlaß zum Durchbruch kommen und sie veranlassen, die Dinge nicht so sinnlos weiterlaufen zu lassen, wie sie nach dem graulamen und toten Buchstaben der Vorchrift liefen. War die Anglegenheit aber einmal so weit gediehen, wie sie heute ist, und ohne den die Behörden entlastenden Kommentar an die große Glocke gekommen, so hatten nicht mehr so sehr Landrat und Regierungspräsident als die Zentralverwaltung selbst die Pflicht, schleunigst Aufklärung zu geben. Seitdem der Abgeordnete Strupe seine aufsehenerregenden Mitteilungen gemacht hat, sind mehr als dreimal 24 Stunden verfloßen, Zeit genug, um den Skandal bis in die kleinste Hütte zu verbreiten, aber anscheinend nicht Zeit genug, zwischen Schleswig und Berlin eine dringende Verbindung herzustellen.“ Weshalb die Regierung schweigt, haben wir schon oben angedeutet. Sie kann sich nicht verteidigen, sie will es aber offenbar auch gar nicht. Denn erstens handelt es sich nur um ein Dienstmädchen, und die waren von jeher rechtlos in Preußen und zweitens kümmert sich die preussische Regierung grundsätzlich nicht um Volksemeinungen. Das Volk wird erst einmal ganz andere Satten aufziehen müssen, ehe diese Regierung Respekt vor ihm bekommt.

Bremen. Streik der Fuhrleute! In der Versammlung der Fuhrleute im Kolosseum wurde gegen einzelne Stimmen beschloßen, in den Streik zu treten. Bekannt ist, daß die Verhandlungen zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband daran scheiterten, daß in Sachen der Arbeitszeit und des Lohnes keine Einigung erzielt werden konnte. Denn die Zugeständnisse, die von den Vertretern der Fuhrleute gemacht wurden, besaßen zum größten Teil schon; und von einer Besserung kann da kaum die Rede sein. Es gibt wohl kaum einen Beruf, in dem solche miserable Verhältnisse bestehen, wie gerade im Fuhrmannsberuf und es war nur zu bezeichnend, hier endlich mal Wandel schaffen zu wollen. An dem Streik sind beteiligt: die Last-, Schlaucht- und Expeditionsfuhrleute. Nicht mit einbegriffen sind: die Kohlen- und Holzfuhrleute und Geschäftsfuhrleute. Von der organisierten Arbeiterschaft wird erwartet, daß Solidarität geübt wird!

Bremen. Ein Bruder mord und Selbstmord, wozu blindwütiger Rachedurst das Motiv gebildet hat, ist gestern früh hier im Pastorweg verübt worden. Dort wohnten nebeneinander der 32 Jahre alte Gärtner Johann Dietrich Wahlstädt und sein 25 jähriger Bruder Bernhard Wilhelm Wahlstädt, der ebenfalls Gärtner war. Der ältere Wahlstädt hatte sich gestern früh um 8 Uhr vor der hiesigen Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten, und sein jüngerer Bruder war zu der Verhandlung als Zeuge geladen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Nach dem Termin begab sich der Verurteilte zur Wohnung seines Bruders, den er vor der Tür traf und sich sofort in die Knie drückte. Während der Getroffene von herbeigeeilten Arbeitern sterbend ins Haus getragen wurde, ging der Täter in seine eigene Wohnung und tötete sich selbst durch einen Schuß. Der Umstand, daß sein Bruder durch seine Aussage vor dem Gericht mit zu seiner Bestrafung beigetragen hatte, dürfte das Motiv zur Tat bilden. Beide Brüder waren verheiratet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böwig. Für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwartz, Druck: E. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein Doppel-Waggon Steingutwaren

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Speiseteller tief und flach 7 ½	Salatièren weiß u. Zwiebelm. Satz 6 St. 95 ½	Waschgarnituren dekor., 5teilig . . . 3 00 M
Dessertteller 6 ½	Beischüsseln gerippt 10 8 5 ½	Waschgarnituren dekor., klein, 5teilig 2 25 M
Speiseteller Zwiebelmuster, tief und flach 10 ½	Salatièren viereckig 50 42 28 22 ½	Waschgarnituren mod. Dekor, 5teilig 4 25 M
Dessertteller Zwiebelmuster 8 ½	Salatièren gerippt 80 22 18 13 ½	Waschgarnituren neu dekor., 4teilig 1 35 M
Bratenplatten 25 20 10 ½	Milchtöpfe mit Schrift 90 20 10 ½	Nachttöpfe weiß 35 ½
Bratenplatten dekoriert, groß 45 ½	Milchtöpfe Zwiebelmuster 85 25 15 ½	Terrinen mit Deckel 1,25 98 ½
Bratenplatten Zwiebelmuster, groß . . . 75 ½	Handleuchter weiß 15 ½	Tortenplatten 70 ½
Kaffeetassen weiß Paar 12 ½	Butterdosen weiß 60 40 ½	Kumpen weiß 25 ½
Kaffeetassen Zwiebelmuster Paar 15 ½	Butterdosen Zwiebelmuster 68 ½	Kartoffelnäpfe Zwiebelmuster 98 ½

Große Posten Glas- und Porzellan-Waren.

Speiseteller dekoriert 25 ½	Zuckerdosen dekoriert 50 40 ½	Wassergläser 6 4 ½
Speiseteller festoniert, flach 15 ½	Puddingschüsseln dekoriert 45 ½	Kompott-Teller neue Muster 6 ½
Kaffeekannen dekoriert 90 75 60 ½	Butterdosen dekoriert 60 45 ½	Bierbecher mit Bordure 10 ½
Teekannen dekoriert 60 ½	Kaffeetassen Goldstallage Paar 25 ½	Bierbecher mit Goldrand 7 ½
Sahnengiesser dekoriert 40 30 20 ½	Milchtöpfe dekoriert Satz 6 Stück 95 ½	Weingläser auf Fuss 15 ½

Rudolph Karstadt.

Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email-, Vernick. bill. u. gut.

Carl Heynert, Lübeck, Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und recht bei

Markt Otto Albers Kohlmarkt 4. 10.

3 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk. Rote Lubeca-Marken.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hühnstraße 96.



Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gef. anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königsstr. 62, h. d. Hühnstr.
Gebe rote Rabattmarken

Uhren gratis!!

Sammelt Sparmarken.

Marke „Palmco“

allerfeinste Pflanzenbutter, pro Pfund nur 80 Pfg.

Marke „Spezial“

feinste Tafel-Margarine, pro Pfund nur 70 Pfg.

Jedes Pfund enthält eine Sparmarke.

Wer 120 dieser Marken zurückbringt, erhält eine hochfeine, tadellos gehende

Herren- oder Damen-Uhr gratis!

Überall erhältlich!

General-Vertreter **C. P. Andresen & Co.,**

Lübeck. Fernsprecher 2366.

2 Reklame-Tage!

Da wir durch ein Versehen unseres Lieferanten bei der Einführung von Brot unsere werte Kundschaft nicht so bedienen konnten, wie es unser Prinzip ist, geben wir am

Sonnabend, d. 17. September und Sonntag, d. 18. September

nochmals bei Einkauf von

80 Pfg. Brot einen Klöben gratis.

Wir empfehlen:

Feinbrot 30 bis 60 Pfg. **Schwarzbrot** 30 bis 85 Pfg. **Bauernbrot** 30 und 60 Pfg. **Angeschobene** 45 Pfg.

Markt 5. **W. Scharnberg & Co.,** Kohlmarkt 8.

Allerfeinste Meierei-Butter 1.29 Mk. II. Sorte 1.19 Mk.

Es gibt

einfach nichts

besseres als Hansa-Back- und Puddingpulver!

Gratis: 1 Dose ff. Gakes für 50 Hansa-Bons.

Nährmittelfabrik „Hansa“, Hamburg.

Die Gratis-Cakesdosen können bei unserem dortigen Vertreter Hans Wilms, 1. Wallstraße 15, in Empfang genommen werden.

Auf 1 Pfd. Margarine a 70, 80 u. 90 Pfg. 1 Geschenk gratis

Meiereibutter Pfd. 125 Pfg.	9 Stück Eier 60 Pfg.
Speck, fett u. mager Pfd. 90	Zwetschen z. Eint. 10 Pfd. 110
Schweizer Käse 80	Weinf. Kochäpfel Pfd. 10
Eiweißer Fett-Käse 60	Tafeläpfel 2 Pfd. 25, 10 Pfd. 110
Guter Käse 40	Eint.-Birnen 2 Pfd. 25, 10 Pfd. 110
10 Sommerf.-Seringe 45	Tafelbirnen Pfd. 20

Eduard Speck, Hühnstraße 80 und 82.

Holsten-Automat

G. m. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.

Fremden und hiesigem Publikum gestens empfohlen.

Fr. Brocksedt, Geschäftsführer.

Ein Kiesenstreik gewonnen.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
Mit dem Generalkontrakt der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Newyorker Frauenbekleidungsindustrie wurde am 2. September einer der gewaltigsten und erbittertesten sozialen Kämpfe beendet, die Amerika bisher gesehen hat. Über 70 000 Männer und Frauen sind nach achtwöchigem opferwilligen Ringen, in dessen Verlauf nur eine ganz verschwindende Anzahl von ihnen das Kampfgelübde brach, als Sieger in die Fabriken und Werkstätten zurückgekehrt.

In den letzten Wochen des Kampfes handelte es sich nur noch um die Forderung des „Union-Shops“, dieses charakteristische Generalprinzip der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Der „Union-Shop“ ist die Werkstätte, die in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und alle sonstigen Arbeitsbedingungen genau dem „Standard“ der Gewerkschaft entspricht und deren „Judikatur“, das heißt, der anerkannten und organisierten gewerkschaftlichen Kontrolle unterworfen ist. Der „Union-Shop“ in striktestem Sinne wird vielfach der „geschlossenen Werkstätte“ gleichgesetzt, für die das absolute Verbot der Beschäftigung von Nicht-Union-Arbeitern besteht. Die Ausständigen haben den „Union-Shop“ und damit die formelle und tatsächliche Anerkennung der Gewerkschaft durchgesetzt; das Verlangen nach der geschlossenen Werkstätte dagegen haben sie fallen gelassen, aber nicht, ohne daß die Fabrikanten sich auch in diesem Punkte zu einem Zugeständnis bequemen mußten, das der Gewerkschaft praktisch fast alles gibt, was sie wünschte. In allen übrigen Bestimmungen deckt sich der Friedensvertrag, der von den Rechtsberatern der streitenden Parteien unter Hinzuziehung eines unparteiischen Anwalts formuliert wurde, ohne Einschränkung mit den Forderungen, um deren willen diese Massen am 7. Juli die Arbeit niederlegten. Kein Wunder denn auch, daß die proletarische Disziplin die ganze Nacht zum 3. September von dem Siegesjubel der Streiker widerhallte, die in immer neuen Scharen triumphierend durch die Straßen zogen. Ein südländischer Freudentaumel ergriff die vielen Laufende, fast durchweg Italiener und Juden, als in den verschiedenen Quartieren der Ausständigen die Unterzeichnung des „Union-Kontrakts“ bekannt gemacht wurde. Die Sieger begannen, einander zu gratulieren, Umarmungen und Küsse wurden getauscht, und man sah Männer und Frauen vor Freude weinen.

Der entscheidende Paragraph des Vertrages besagt: „Jedes Mitglied der Fabrikantenvereinigung hat eine Union-Werkstatt zu unterhalten. Unter Union-Werkstatt wird eine solche verstanden, in der hinsichtlich der Löhne, Arbeitsstunden und sonstigen Arbeitsverhältnisse die Gewerkschaftsbedingungen, wie hiermit bestimmt, gelten, und in der bei der Annahme von Arbeitskräften Gewerkschaftsmitglieder bevorzugt werden. Da die in dem Gewerbe Beschäftigten nicht gleichmäßig leistungsfähig sind, wird anerkannt, daß die Fabrikanten befreit sein sollen, zwischen einem Gewerkschaftsmitgliede und dem anderen zu wählen, und daß sie nicht verpflichtet sind sich an eine vorgeschriebene Reihenfolge zu halten.“

Schon eine Woche vor dem Friedensschlusse hatten die Anwälte der Fabrikanten und der Streikenden einen Vertrag gezeichnet, der von den Arbeitern in Dugenden von Versammlungen beinahe einstimmig als ungenügend zurückgewiesen wurde. Nach diesem Vertragsentwurf bewilligten die Unternehmer „den Union-Shop, zum Unterschied vom geschlossenen Shop.“ In dem nunmehr vollzogenen Vertrage ist der Passus „zum Unterschied vom

geschlossenen Shop“ gestrichen, und den Fabrikanten wird die Verpflichtung auferlegt, nicht nur Union-Leute zu bevorzugen, sondern auch die etwa beschäftigten Nicht-Gewerkschaftler zum Anschluß an den Verband zu veranlassen. Weiter geht der jetzige Kontrakt über die Bedingungen, die den Streikern ursprünglich aufgezwungen werden sollten, insofern hinaus, als die Arbeiter nunmehr die gewerkschaftliche Einrichtung der „Shop-Delegierten“ anerkennen, die gegebenenfalls als Vorsitzende eines innerhalb jeder Werkstätte zu bildenden Lohnkomitees mit den Unternehmern zu verhandeln haben. Vor allen bringt der Friedensvertrag aber die glatte Bewilligung der gestellten Forderungen betreffs Lohn und Arbeitszeit, die nach dem ersten Entwurf noch der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden sollten. Die Masse, die sich auf keinen faulen Frieden einlassen wollte, hat gegen ihre Führer recht behalten. Ein kultureller Segen dieses Sieges der Gewerkschaften ist es, daß mit der greuellosen Heimarbeit und dem Schweißbüdensystem radikal ausgeräumt wird. Eine ständige Kommission wird mit der Überwachung der gesundheitlichen Zustände in den Fabriken und Werkstätten betraut. Schließlich enthält der Vertrag noch genaue Bestimmungen über schiedsgerichtliche Regelung künftiger Streitigkeiten im Gewerbe. Dürfen sich so siebzigttausend, mit ihren Lieben Hunderttausende lange genug bedrückter und mißhandelter armer Menschen nun eines besseren Loses freuen, so gling doch auch dieser Streik nicht vorüber, ohne daß den amerikanischen Gewerkschaften eine politische Lektion erteilt wurde, deren Lösung noch aussieht: Noch wenige Tage vor dem Friedensschlusse erließ Oberrichter Goff in Newyork einen Einhaltsbefehl, der den Ausständigen das Streikpostenstehen in jeder Form verbot und den Streik, da er um die „geschlossenen Werkstätte“ geführt würde, für eine strafbare Verschwörung im Sinne des Anti-Trust-Gesetzes erklärte! Der Kampf in den Gerichten wird natürlich, unbeschadet der Beendigung des Streiks, weitergeführt, und es ist zweifellos wahr, daß, wie ein bürgerliches Blatt der Metropole triumphierend ausruft, „die gesamte Arbeiterbewegung“, das heißt in diesem Falle die amerikanische Nurgewerkschaftler, „in ihrem Mark getroffen ist, wenn die Entscheidung des Richters Goff eine endgültige bleiben sollte.“

Aus der Partei.

Zum Magdeburger Parteitag. Die württembergische Landtagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an den Parteitag das Ersuchen zu richten, die Nürnberger Resolution in dem Sinne zu ändern, daß den Landtagsfraktionen die Zustimmung zum Budget in zwingenden Fällen erleichtert werde.

Ein geradezu unglaubliches Urteil hat das Schöffengericht Brüggen gegen dortige Sozialdemokraten gefällt. In Brüggen führt der Erste Bürgermeister Niba einen erbitterten Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Seinem speziellen Eingreifen ist es auch zu verdanken, daß die Wahl von drei zu Stadtverordneten gewählten Sozialdemokraten für ungültig erklärt wurde, obwohl von der Bürgerschaft kein Protest gegen die Wahl vorlag. Auch sonst zeichnet sich das Stadtoberhaupt durch Parteilichkeit gegenüber den Arbeitern aus. Am 1. Mai wurde die nachgesuchte Genehmigung zum Umzuge aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Ruhe verweigert. Der Bürgermeister glaubte noch ein übriges tun zu müssen und verbot das im Anschluß an das Maskenfeste geplante Tanzfränzchen. An diese ungelegliche Maßnahme kehrten sich die Genossen aber nicht, weil an dem Tanz nur Mitglieder und deren Angehörige teilnehmen durften. Es war also eine geschlossene Gesellschaft. Deshalb wurde auch den vom Bürgermeister geschickten drei

Polizisten der Zutritt unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagraphen verweigert. Zwei Polizisten gingen, der dritte verjuchte in den Tanzsaal einzudringen, wurde aber daran gehindert, ohne daß ihn, wie er in dem Termine selbst befandete, einer von den Angeklagten tatsächlich angegriffen hätte. Der Staatsanwalt erhob nun nicht etwa Anklage gegen den Polizisten wegen Hausfriedensbruchs, sondern die Genossen Pollak und Kolott wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Kolott wurde zu 6 Wochen, Pollak zu 14 Tagen Gefängnis, zwei andere Angeklagte wegen Übertretung zu insgesamt 120 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Beleidigungsprozess. Der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Genosse Hermann Müller, ist am Dienstag vom Schöffengericht in Chemnitz zu 100 Mk. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung verurteilt worden. Kläger war der Kaufmann und Stadtverordnete Grote, ein Führer der Langhammer-Skizze, der sich beleidigt fühlte, weil eine von ihm geleitete Vertrauensversammlung für Langhammer als Ruppelversammlung bezeichnet worden und Grote im Gegensatz zum Stadtverordneten Vogel und anderen Leuten gestellt worden war, die wegen Langhammer aus dieser Organisation ausgetreten sind. Vogel war hierbei als anständiger Mensch bezeichnet worden.

Wenn der Schenkmann schwört. Vor einiger Zeit erschien in der „Vortmunder Arbeiterzeitung“ eine Notiz, durch die drei Schenkleute, ein Wirt und ein Schankmädchen beleidigt sein sollten. In der Verhandlung am Dienstag wurde der in der Notiz geschilderte Vorgang vor der Vortmunder Strafkammer von zwei Zeugen bestätigt. Die Schenkleute, der Wirt und das Mädchen wollten von dem ganzen Vorkommnis nichts wissen. Es standen also Eid gegen Eid. Einer der Zeugen wurde allerdings nicht vereidigt, weil er der Mittäterschaft an der Veröffentlichung verdächtig sei. Den anderen Zeugen suchte der Vorsitzende zur Zurücknahme seiner Aussage zu bewegen. Obwohl dieser Zeuge befragt wurde, von dem Polizist meineidig gemacht zu werden, erklärte er doch bei der Wahrheit bleiben zu wollen. Das Gericht schenkte den Polizisten Glauben und verurteilte den Redakteur Genossen Mehlich zu 100 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 200 Mk. Strafe beantragt.

Schillers Werke im Parteiverlag. Anfang November erscheinen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Schillers Werke, 10 Bände in 3 Reihenbänden gebunden, mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring. Der Verkaufspreis ist auf 3,50 Mk. festgesetzt. Da die Nachfrage nach dieser von dem Genossen Mehring eingeleiteten Ausgabe voraussichtlich sehr groß werden wird, bittet die Buchhandlung Vorwärts, die Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, spätestens aber bis zum 15. Oktober. Die Höhe der Auflage richtet sich nach den eingehenden Aufträgen. Für Aufträge, die nach dem 15. Oktober eingehen, kann die Garantie für rechtzeitige Lieferung nicht übernommen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmer-Terrorismus. Die Unternehmer und ihre Goldschreiber können nicht genug über den Terrorismus zeteren, der angeblich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ausgeübt wird. Sie schreiben nach Polizei und Staatsanwalt, um die Feger und Wähler hinter Schloß und Riegel zu bringen oder sie nach der neuesten Entdeckung nach den Südeinseln zu deportieren. Täglich aber ereignen sich Fälle der skrupellosesten Verurteilung unliebsamer Arbeiter durch die Unternehmer. In Reinbeck streifen in den Sprengstoffwerken die Metallarbeiter. Einigen der Streikenden ist es gelungen, trotz Verleumdung der schwarzen Listen anderweitig Arbeit zu bekommen. So hat auch ein Schlosser in der Wittenberger Altbrauerei Arbeit gefunden. Der Direktor der Brauerei mußte, daß es sich um einen Streikenden der Sprengstoffwerke handelte. Nicht der

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

94. Fortsetzung.

Hedwig nickte langsam und schweigend mit dem Kopfe — sie dachte des deutschen Frühling, des letzten, den sie dort verlebte, und wie er all die Blüten ihr mit rauher Hand zerflößt. — Arme Hedwig! die Heimat hatte für sie keinen Frühling mehr, und um so dankbarer mußte sie ja begrüßen, was ihr die Fremde bot. Van Straaten blickte verstoßen nach ihr hinüber; er hätte gern gehabt, daß sie selber von Deutschland angefangen und ihm das Unangenehme eines Beginns dadurch erspart hätte. Wo aber auch ihre Gedanken wellten, ihre Lippen schwiegen, und der Blick haftete nicht einmal mehr auf der mondbeschienenen Landschaft um sie her, sondern auf dem dunkeln Boden, auf dem sie hinschritten. Aber diesem aber zogen die Wimosen ihre feinen Blätter nicht ängstlicher und schüchtern zusammen, wie die Jungfrau mit ihrer schmerzlichen Erinnerung in sich selber zurücktrat, damit kein Lichtstrahl von außen sie mehr beleuchte — und verlege. Der Holländer an ihrer Seite fühlte auch bald, daß er auf diese Weise nicht zum Ziel käme; Wagner konnte ihm überdies den lästigen Burken, den Goldbreit, nicht viel länger vom Leibe halten, und er mußte die wenigen, ihm noch gestatteten Minuten benutzen.

„Mein liebes Fräulein,“ begann er endlich nach einer ziemlich langen Pause — „Sie — Sie seufzen so aus tiefer Brust. Haben Sie vielleicht irgend — irgend einen Wunsch, den wir Ihnen erfüllen könnten?“

„Ob? ich seufzt? — oh Sie sind so gut! — aber — es ist wirklich bewußtlos geschehen. Sie nannten vorhin den deutschen Frühling und dürfen es der eben gekommenen Fremden nicht übel nehmen, wenn sie die Heimat noch nicht ganz vergessen hat!“

„Und ist es bloß die Heimat?“
Hedwig sah rasch und fast erschreckt zu ihm auf. Sie fühlte, daß van Straaten von etwas reden wollte, vor dem sie sich fürchtete, und fast unwillkürlich wandte sie ihre Richtung dem Hotel wieder zu, als ob sie dort Schutz suchen und finden könne. Van Straaten indes, ohne die veränderte Richtung zu bemerken oder zu beachten, fuhr ägernd fort:

„Liebes Fräulein, Sie müssen wohl herausgeföhlt haben, wie lieb und wert Sie uns in der kurzen Zeit geworden sind, in der Sie bei uns im Hause wohnen, und nicht etwa nur, weil Sie uns den Martijn, meinen verehrten Schwager, so umgeändert haben, daß er kaum noch wieder zu erkennen ist —“

„Doch nicht allein durch meine Schuld,“ lächelte Hedwig, immer noch bemüht, dem Gespräch eine andere Wendung zu geben — „der alte Herr ist so von Herzen gut, daß er —“

„Sondern wir schlossen Sie deshalb so ins Herz,“ fuhr aber van Straaten, ohne sich unterbrechen zu lassen, fort, „weil wir genau erfahren haben, was Sie daheim und hier unverschuldeterweise gelitten.“

„Mynheer!“ sagte Hedwig bittend.

„Lassen Sie es sich nicht leid sein, liebes Kind,“ beruhigte sie der alte Herr, indem er ihre flehend zu ihm aufgehobene Hand ergriff und festhielt. — „Dadurch sind Sie erst recht ein Glied unserer Familie geworden, daß wir nicht allein Mitwisser, sondern auch Teilnehmer Ihres Schicksals wurden. Von dem Augenblick an betrachteten wir Sie als völlig zu uns gehörig, und deshalb dürfen Sie es mir auch nicht übel nehmen, wenn ich über etwas mit Ihnen spreche, über das sonst vielleicht nur ein naher Verwandter das Recht hätte zu reden.“

„Mein werter Herr!“ sagte Hedwig zitternd.

„Ich will kurz sein, erwiderte aber van Straaten gutmütig, denn er fühlte, daß er sich wie der jungen Fremden einen gleich großen Gefallen damit tat, die Sache so rasch als möglich zu beenden. „Denken Sie, Ihr Vater oder Onkel spräche mit Ihnen — gestatten Sie mir einen Augenblick das Recht dazu, wenn ich Sie darauf zurückführe, daß Sie einen jungen Mann in Deutschland liebten, der — sich Ihrer unwürdig zeigte.“

„Es war, als ob Hedwig etwas darauf erwidern wollte, aber sie brachte kein Wort über die Lippen und van Straaten fuhr fort:

„Die Liebe ist ein wunderliches Ding; sie wurzelt fest und tief im Herzen, und wenn man zehnmal glaubt, daß man sie mit der Wurzel ausgerissen habe, so sind doch sicher noch immer etliche Menge kleiner Fäden zurückgeblieben, die, ohne daß man es selber im Anfang merkt, neue und frische Keime treiben. Irigend ein Zufall genügt dann, können die Wurzeln ins Freie zu brechen, und erst einmal

draußen, grünen und blühen sie frischer und fröhlicher wie je.“

Van Straaten sah nicht, wie Hedwig leise und traurig mit dem Kopf schüttelte, träufte nicht die Träne, die ihr langsam von den Wimpern tropfte.

„Wir glauben jetzt, liebes Kind,“ fuhr er herzlich fort, „daß auch bei Ihnen diese alte Liebe für jenen unglücklichen jungen Mann noch nicht ganz erloschen ist; wir glauben, daß — wenn dies wirklich der Fall wäre — Ihre Hand vielleicht segensbringend in sein verfehltes Leben eingreifen könne, und ich bin von meinem Schwager Dochtaart mit der direkten, offenen und ehrlichen Frage an Sie abgesehen worden, ob Sie den jungen Dorset noch lieben — und zum Mann haben wollen, denn in Ihre Hände allein soll dann sein Geschick gelegt werden.“

Hedwig zitterte an allen Gliedern, schen drehte sie den Kopf halb dorthin, wo sie noch Wagners Stimme im eifrigen Gespräch mit dem Missionar hören konnte, denn jedenfalls fürchteten sie von dort gestört zu werden. Die beiden Männer waren aber wenigstens noch zwanzig bis dreißig Schritte hinter ihnen, und vor ihnen lag schon wieder das Hotel, dem sie sich indes im Eifer des Gesprächs genähert. Stehen bleiben konnte sie nicht, die ihr Folgenden hätten sie sonst zu rasch eingeholt, und deshalb langsam und mit gesenktem Kopf vorwärts schreitend, sagte sie mit fester, wenn auch unterdrückter Stimme:

„Werter Herr! Sie haben sich ein Recht darauf erworben, über das, was mir das innerste Herz bewegt, mit mir zu sprechen; aber — Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß ich Herrn von Dorset, nach dem wie er sich gegen mich betragen, noch lieben könne.“

„Täuschen Sie sich nur nicht, liebes Kind.“

„Es ist nicht möglich,“ sagte Hedwig ruhig; „er hat mir außerdem auch klar bewiesen, daß er mich nie wirklich geliebt hat, wenn ihn auch vielleicht ein Augenblickliches Interesse an mich fesselte.“

„Und wenn es doch so wäre —“

„Es ist nicht,“ sagte Hedwig fest — „und wenn es wäre, das Gefühl käme zu spät für ihn. Nicht allein, daß ich Herrn von Dorset nicht achten kann, ich muß ihn verachten und behaure innig diese wunderliche Fügung des Zufalls, die uns beide hier in diesem entlegenen Ortteil noch einmal zusammengeführt hat.“

Streikende hat nun Arbeit angefragt, sondern der Direktor hat dem Streikenden die Stellung angeboten und ihn dann entlassen. Freitag, den 16. d. M., wurde der Schlosser plötzlich entlassen, obgleich 14tägige Kündigung abgemacht war. Die Entlassung ist, das steht zweifelsfrei fest, auf Verleihen des Arbeitgeberverbandes oder der Direktion der Sprengstoffwerke erfolgt. Auf Vorstellwerden ist dann die plötzliche Entlassung zurückgenommen worden, und der Schlosser soll seine 14 Tage abarbeiten. Damit soll wohl nach außen hin der Schein gewahrt werden, als handle es sich in diesem Fall um eine regelrechte Lösung des Arbeitsverhältnisses. Es preisen aber die Spägen von den Dächern, daß der Brauerer mit dem Boykott seitens des Arbeitgeberverbandes gedroht worden sein soll, wenn der Streikende beschäftigt wird; der Direktor der Wittenberger Aktien-Brauerer soll gezwungen worden sein, den Schlosser zu entlassen. Zum Schutze der Arbeitswilligen wird die Polizei mobil gemacht, und diese stellt sich auch bereitwillig den Unternehmern zur Verfügung. Über Streikende, denen es gelungen ist, Arbeit zu erhalten, werden skrupellos verfolgt und rücksichtslos wieder aus der Arbeit gedrängt. Das ist Unternehmernmoral. Ob sich hier ein Staatsanwalt finden wird, der gegen die Missetäter genau so wie gegen Streikbrecher vorgeht?

Austritt der Berliner Bauunternehmer aus dem Arbeitgeberbunde. Bekanntlich hatte bei der diesjährigen großen Bauarbeiterauswertung der Verband der Berliner Baugewerkschaften die Schamacherordnungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nicht befolgt; er war seine eigenen Wege gegangen und hatte in verständiger Weise mit den Berliner Bauarbeitern Frieden geschlossen. Die Folge davon war eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung zwischen beiden Verbänden, die auch noch eine besondere Broschüre der Berliner Zeitungs, in der sie ihren Standpunkt in der Sache darlegten. Die Trennung der Berliner Bauunternehmer vom Arbeitgeberbund ist nun offiziell vollzogen. Der Arbeitgeberbund aber verwahrt sich in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse dagegen, daß der Austritt der Berliner zu einer Krise im Verbands der Bauunternehmer führen könnte. Er verweist auf sein stetes Fortschreiten, seine 21 000 Mitglieder und 550 Ortsverbände und darauf, daß die Generalversammlung in Halle die Berliner zum Austritt aufgefordert habe. Er stellt weiter in Frage, ob der Berliner Verband allein in der Lage sein wird, dem Ansturm der Arbeiterorganisationen beim Ablauf des jetzigen Tarifes standzuhalten; im Frühjahr 1913 werde es sich zeigen, ob seine Taktik vom Jahre 1910 die richtige gewesen ist. Wenn dieser Streit um die zukünftige Taktik der Unternehmer die Bauarbeiter auch verdammt kühl lassen kann, so will uns doch bedünken, daß die Einsicht und klügere Taktik diesmal auf Seiten der Berliner war. Diese Erkenntnis wird doch — wenn sie sich nicht schon jetzt im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe durchgerungen hat — hoffentlich bis 1913 noch allgemein zum Durchbruch gekommen sein.

Konferenz der Gewerbegerichtsbeisiger (Arbeitnehmer) Deutschlands.

Köln, 13. September.
Nachdem bereits am gestrigen Abend eine Begrüßungsfeier der bis dahin erschienenen Delegierten stattgefunden, trat heute früh die Konferenz in Anwesenheit von etwa 140 Delegierten zu ihren Beratungen zusammen. Holz-Dresden, der im Namen der Zentralkommission die Konferenz eröffnet, weist auf das steigende Interesse hin, welches sich durch die erheblich stärkere Beteiligung kundgibt, begründet die Delegierten und erörtert kurz die zu erledigende Tagesordnung, die nach Vorlage angenommen wird. Zur Leitung der Konferenz werden Holz-Dresden und Körten-Berlin bestimmt. Seitens der Generalkommission nimmt Robert Schmidt-Berlin an den Verhandlungen teil. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Zentralkommission“, erhält sodann der Vorsitzende Holz das Wort. Er führt unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht aus:

Die Zentralkommission hat sich bemüht, so gut es ging, die in Jena aufgestellten Leitätze zur Durchführung zu bringen. Wenn das nicht voll gelungen ist, haben die vorhandenen Schwierigkeiten es verhindert. Das Bestreben, eine sozialpolitische Tätigkeit in größerem Umfang mit Hilfe der Beisiger zu entfalten, konnte nicht durchgeführt werden, weil einerseits die Ohnmacht der Beisiger versagten und andererseits auch eine Einigung über die einzuschlagenden Wege mit der Generalkommission nicht erzielt werden konnte. Daß die Beisiger in ihrer Gesamtheit der geistigen Verbindung unter einander noch nicht das erforderliche Verständnis entgegenbringen, zeigt sich namentlich in der gleichzeitigen Behandlung der angeordneten Statistiken. Auch der Herausgabe eines dringend notwendigen Musterstatuts konnte nicht im vollen Maße Rechnung getragen werden. Zu den Schwierigkeiten gehört auch der noch nicht abgeschlossene Gesetzentwurf über Arbeitskammern, der den sozialpolitischen Aufgaben der Gewerbegerichte eine wesentliche Änderung gibt. Redner kritisiert dann die Mißstände beim Wahlverfahren, die große Mangelhaftigkeit der Ortsstatute, die Verschiedenartigkeit derselben und tadelt es, daß von 452 Gewerbegerichten nur 90 ihre Ortsstatute eingekandt haben. Auch die Anregung bezüglich Abhaltung von Landeskonferenzen sind nicht genügend beachtet. Die Rechtsprechung sei derart verschieden, daß die Aufstellung bestimmter Richtlinien dringend nötig erscheine. Mit den Geschäftsberichten sei ebenfalls nicht viel anzufangen, weil sie in zu geringer Anzahl eingegangen und auch vielfach sehr mangelhaft seien. Eingehend betont Redner dann, daß der § 75 des G.-G., der den Gerichten die Berechtigung der Abgabe von Gutachten gibt, nicht in genügender Weise gewürdigt werde. Man solle davon den ausgiebigsten Gebrauch machen. Die Anregung hierzu sei von Seiten der Beisiger zu geben. Leider befindet sich auch in dieser wichtigen Frage die Zentralkommission im Gegensatz zu den Aufschauungen der Generalkommission, so daß auch hier die Tätigkeit der Zentralkommission gehemmt sei. Im Mai vorigen Jahres sei die Zentralkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die Generalkommission auf Beschluß der Verbandsvorstände eine besondere sozialpolitische Abteilung einrichten wolle. Diese Abteilung soll die Tätigkeit der bereits bestehenden sozialen Sonderkommissionen mit übernehmen. Demnach würde mit Abschluß der jetzigen Konferenz die Tätigkeit der Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisiger auch beendet sein. Die Zentralkommission halte die Auflösung zwar nicht für notwendig, werde sich aber den getroffenen Maßnahmen der Generalkommission fügen, da es ihr lediglich auf die Förderung der Sache ankomme.

Starke-Dresden berichtet alsdann über seine Tätigkeit als Ausschussmitglied des Verbandes. Der Bericht dreht sich vorwiegend um die Funktionen des Ausschusses und um seine Kompetenzen. Als behördliche Organisation kann der Verband keine Beschlüsse fassen, sondern nur einen Meinungs-austausch pflegen. Seit 1908 ist die Zulassung eines Arbeit-

geber- und Arbeitnehmerbeisigers erfolgt. Seitens der Zentralkommission wird gewünscht, daß je zwei Personen zugelassen werden. Es wird deshalb um Zustimmung eruchtet, einen dementsprechenden Antrag beim Verbande der Gewerbegerichte einzubringen. Im übrigen war die Tätigkeit im Ausschuss nur sehr minimal, da nur eine Sitzung im Laufe von zwei Jahren stattgefunden hat.

Robert Schmidt-Berlin (Vertreter der Generalkommission) berichtet darauf über den Beschluß, betreffend die Übernahme der Tätigkeit der Zentralkommission auf die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften. Er führt aus, daß diese Abteilung eine Sammelstätte sozialpolitischen Materials werden sollte und setzt auseinander, daß so ein viel vorteilhafteres und gründlicheres Bearbeiten der verschiedensten Aufgaben ermöglicht werde, wodurch sich die Ergebnisse auch wieder viel nutzbringender gestalten. Daraus ergebe sich nun auch von selbst, daß der Sitz des Ausschusses von Dresden nach Berlin verlegt werden müsse. Auch die Organisation selbst werde dann wohl eine Änderung erfahren müssen. Die Aufschauungen der Zentralkommission über den Wert der Gutachten teilt Redner mit, weil viele Gewerbegerichte noch sehr rückständig in ihren sozialpolitischen Aufschauungen sind. Gutachten von solchen Stellen schaden dann mehr als sie nützen. Es sei dahin zu streben, daß die partikatische Grundlage für die Arbeitslosenfrage usw. aufgehoben werde. Die Handhabung dieser sozialpolitischen Maßnahmen komme den Gewerkschaften zu unter Zurechnung kommunaler Zuschüsse. Auch mit dem Arbeitskammergesetzentwurf verhalte es sich so. Die partikatische Grundlage biete nicht die Gewähr, daß die Auffassung der Arbeiterschaft in sozialpolitischen Fragen zum Ausdruck komme, daher seien reine Arbeiterkammern zu fordern. Ebenfalls teilt Redner mit die Auffassung des Referenten über die fruchtbringende Tätigkeit der Konferenzen der einzelnen Landesstellen. Wer als Gewerbegerichtsbeisiger eine fruchtbringende Tätigkeit ausüben wolle, müsse vor allen Dingen die Literatur studieren. Bei dem fortwährenden Personalwechsel in den Gewerbegerichten hätten die Konferenzen wenig Wert für die Allgemeinheit und seien noch verhältnismäßig teuer. Wohl aber könne empfohlen werden, daß die Gewerkschaftskartelle sich der Sache mehr annäheren möchten. Auch bezüglich des Musterstatuts solle man die Erwartungen nicht zu hoch stellen und namentlich sei die mühselige statistische Arbeit von nur geringem Wert. Statistiken hätten nur Wert bei Erreichung eines bestimmten Zweckes.

Die nun einsetzende Diskussion war nicht sehr lebhaft. Teilweise wurden die Ausführungen des Genossen Schmidt unterstützt, wogegen Starke und Holz die im Bericht des Vorsitzenden Holz niedergelegten Aufschauungen vertreten. Der Wunsch auf Verstärkung des Ausschusses wird von allen Rednern geteilt, während die Art der Verstärkung bzw. die Verlegung nach Berlin einigen Widerspruch findet. Gewünscht wird die Herausgabe von kurzen und klaren Kommentaren zum G.-G.-G. Die Übernahme der Tätigkeit der Zentralkommission durch die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften wird allseitig zugestimmt. Nur etwa 10 Stimmen sind dagegen. Die Annahme des Antrages auf Verstärkung des Ausschusses erfolgt einstimmig. Der Antrag, die Ausschussmitglieder aus den Berliner Gewerkschaftskartellen zu entnehmen, wird mit 56 gegen 52 Stimmen abgelehnt. In der Nacht mit tagessitzung begründet Meyer-Girlich einen Antrag betreffend „Rechtsprechung über das Arbeitszeugnis“. Redner zeigt an Beispielen, daß die Holzindustriellen-Organisation dadurch gefehlt einwandfreie Arbeitszeugnisse kennzeichnet, daß ihre Mitglieder nur solche Arbeiter einstellen, die Papiere mit der Verbandsfirma haben, während die ordnungsmäßigen Entlassungspapiere von Einzelunternehmern eine sechswochentliche Ausperrung bedeuten. Durch landgerichtliches Urteil sind den gekennzeichneten Entschädigungen zugeprochen.

Eine lebhafteste Diskussion entfesselt ein anderer Antrag Stettin-Braunschweig, der sich mit der Aufrechnung bzw. mit dem angeblichen Zurückbehaltungsrecht befaßt. Aus den Darlegungen geht hervor, daß noch vielerorts das Zurückbehaltungsrecht anerkannt wird, obwohl dem klaren gesetzlichen Bestimmungen entgegen stehen. Da selbst hohe Gerichte, wie das Oberlandesgericht in Köln und der 3. Zivilsenat des Kammergerichts das Zurückbehaltungsrecht zugunbillig haben, so stehen viele Juristen unter dem Einfluß dieser Erkenntnisse zum Schaden der Arbeiter. Es wurde allseitig dringend empfohlen, streng auf die Wahrung der Rechte der Arbeiter zu achten.

Dann wurde noch das Wahlergebnis für den Ausschuss bekannt gegeben. Der bisherige Vertreter Starke wurde mit großer Mehrheit (109 Stimmen) wiedergewählt. Als eventl. zweiter Vertreter wurde Holz-Dresden und als Ersatzmann Körten-Berlin gewählt. Stimmt der Verband der Verstärkung des Ausschusses nicht zu, dann gilt Holz als Vertreter von Starke.

Morgen wird die Tagung fortgesetzt.

Soziales.

Ärzte und Reichsversicherungsordnung. Im „Versicherungsboten“ wendet sich Geheimrat Düttmann gegen die Art und Weise, in der von den Ärzteorganisationen gegen die Reichsversicherungsordnung vorgegangen wird. Die führenden Elemente im Ärzteverband hätten einen geradezu unbegreiflichen Mangel an Verständnis für Staat und Recht an der Tag gelegt. Demgegenüber müßten sich die ruhigen Elemente im Ärztestand überzeugen, daß sie sich nicht noch länger durch unzulässiges Zuschauen als die mit allen Handlungen ihrer Vertreter übereinstimmende Gefolgschaft hingellen lassen dürfen. Es müsse den Ärzten doch endlich klar werden, daß sie durch ihr Vorgehen längst alle Sympathien verlohren haben, daß außerhalb ihrer eigenen Kreise niemand, der die Sachlage überhaut und sich nicht von den einseitigen Darstellungen aus Ärztekreisen irreführen läßt, geneigt ist, ihre überhöhten Forderungen als berechtigt anzuerkennen, vielmehr die gesamte Bevölkerung ihnen ablehnend gegenübersteht. Gelange diese Einsicht zum Durchbruch und dürfe man mit dem ehrlichen Willen des überwiegenden Teiles der Ärzteschaft rechnen, die gesetzlichen Vorschriften zu achten, so sei es wesentlich leichter, im Gesetz eine Fassung zu finden, welche für die Ärzte selbst annehmbar ist, ohne die berechtigten Interessen der Versicherten und der übrigen Beteiligten zu gefährden, als gegenwärtig, wo jedes den Ärzten zugesprochene Recht zu einer Waffe zu werden droht, die mißbräuchlich angewendet die Krankenversicherung bis zur Vernichtung schädigen kann. Andernfalls würden sich die Ärzte nicht beklagen dürfen, wenn ihnen Mißtrauen entgegengebracht wird, daß Bestimmungen diktiert werden, die sie schwer empfinden. Möchten die Ärzte rechtzeitig einsehen, daß, soweit auch die Macht des Ärzteverbandes reicht, diese doch nicht genügt, um dem gesamten deutschen Volk, das durch Regierung und Reichstag vertreten wird, seinen Willen aufzuzwingen. In einem solchen Streite müsse der Ärzteverband notwendig den kürzeren ziehen, und der Kampf würde leicht bis zu seiner völligen Vernichtung führen, nicht aber, wie das Organ des Ärzte-

verbandes glauben machen will, zu einem Zusammenbruch der Arbeiterversicherung.

Ein Beitrag zur Geschichte des Unternehmertums. Unter dem Stichwort „Aus kleinen Anfängen“ bringt das Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 251 vom 12. d. M. eine sehr lehrreiche Notiz. Sie betrifft die bekannte Weltfirma Heinrich Langemann & Co. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma wurde dieses Jahr ein Erinnerungsbuch herausgegeben. In dem Buche ist mitgeteilt, daß sich in einem alten Notizbuch des Gründers der Fabrik folgende Aufzeichnungen befinden:
Mein Reinvermögen bestand
am 1. Januar 1861 aus 18 Fl. 13 Kr.
Zunahme im Jahre 1861 40 „ 51 „
Reinvermögen am 1. Jan. 1862 58 Fl. 57 Kr.
Im Jahre 1862 verdient 1658 „ 96 „

„So klein fing der Mann an, dessen Schöpfung heute 4000 Arbeitern Verdienst gibt und dessen Witwe und Kinder innerhalb zweier Jahre vier Millionen Mark für humanitäre und wissenschaftliche Zwecke spendeten,“ schreibt die „Frankf. Ztg.“ dazu.

Die Familie Lang gilt bekanntlich für eine der „schmerzsten“ in Baden und weit darüber hinaus, und wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn ein geringer Teil dieses Reichtums durch Zuwendungen an humanitäre und wissenschaftliche Institutionen der Menschheit im allgemeinen wieder zugute kommt. Aber wir merken doch die Frage auf, ob die „edlen Wohltäter“ vier Millionen stiften könnten und dabei trotzdem noch ein Reichtum selbst behalten, wenn vom Tage der Gründung der Firma an jeder Arbeiter das an Lohn erhalten hätte, was er wirklich verdient hat, und ob nicht diese Millionen vornehmlicher Arbeitsverdienst sind, die der gentile Gründer und seine Nachfolger für gut befunden haben selbst zu behalten statt, an die rechtmäßigen Wertescherer gelangen zu lassen. Heute arbeiten noch Tausende Arbeitsblinden bei Lang, deren Lohn bei voller Beschäftigung kaum 1500 Mark im Jahre beträgt und die unermüdet mithelfen, daß aus den 18 Gulden 18 Kreuzern vom Januar 1861 Duzende Millionen von Mark werden.

Aus Nah und Fern.

Im Kampf mit Wildtieren. Eine aufregende Schießaffäre hat sich im Forst des Gutes Buchholz bei Eberswaide abgespielt. Als der Forstvolontär einen Rundgang durch das Jagdrevier machte, bemerkte er einen jungen Rehe. Während er noch die Tiere beobachtete, fiel plötzlich ein Schuß, und eines der Rehe brach tödlich getroffen zusammen. Unmittelbar darauf tauchte ein Mann mit einer Flinte in der Hand auf, kniete neben dem Reh nieder und wollte es ausweichen. Da trat der Beamte hervor. Er rief den Wilddieb an und forderte ihn auf, das Gewehr beiseite zu legen. In diesem Augenblick trat ein zweiter Wilddieb aus dem Dickicht heraus. Er legte sofort auf den Volontär an und feuerte einen Schuß ab. Die Kugel rief dem Verdachten die Mütze vom Kopf herunter und brachte ihm eine Streifwunde bei. Der Beamte gab nun einen Schuß auf den Angreifer ab und verletzte ihn schwer. Jetzt erschien noch ein dritter Wilddieb auf der Wildfläche. Er schleppte gemeinsam mit dem ersten Komplizen den Schwerverletzten fort. Der Beamte rief den beiden nochmals zu, anzuhalten, doch hörten die Wilddiebe nicht darauf. Es wurden noch einige Schüsse abgegeben, wobei der zweite der Wilderer eine Verletzung davontrug. Es gelang den Wilddieben aber doch, den anscheinend tödlich getroffenen Komplizen fortzuschaffen.

Schwere Anlagen gegen die preussische Eisenbahnverwaltung. Auf der Eisenbahnstrecke Worms-Grundheim wurde vor einigen Tagen ein Lokomotivführer und ein Heizer durch Explosion einer Maschine schwer verletzt. Jetzt erhebt die liberale „Wormser Volkszeitung“ schwere Anlagen gegen die Eisenbahnverwaltung. Unter anderem behauptet sie, die betreffende Maschine sei seit längerer Zeit reparaturbedürftig gewesen, und bereits dreimal seien die entsprechenden Einträge in das Reparaturbuch erfolgt, zuletzt noch unmittelbar vor dem Unfall, ohne daß die Aufsichtsbehörde die Reparatur vorgenommen hätte. Bei dieser Gelegenheit weist das Blatt darauf hin, daß vor kurzem ein Wormser Lokomotivführer die Verantwortung für eine Fahrt ablehnte, weil die Maschine drei tote Kadetten hatte, und daß ein anderer Lokomotivführer bestraft wurde, weil er sich weigerte, mit einer besetzten Maschine zu fahren.

Verhängnisvolles Spiel. Ein Unglücksfall ereignete sich in Oshersleben. Die Knaben des Waisenhauses spielten, wie die „Bode-Zeitung“ berichtet, Soldat, und der 17jährige Kaufmannslehrling O. Schneider machte den Kommandeur. Kaum hatte er die an seine Spielgefährten gerichteten Worte: „Wenn ich schieße, wird angetreten!“ ausgesprochen, so ging ein Schuß los und traf den an einem Querbäum turnenden 12jährigen August Klems ins Herz. Schon nach wenigen Minuten war der Knabe tot.

Der Hauptzeuge der Zeche „Raddob“ in ihrem großen Prozeß gegen die Dortmunder „Arbeiterzeitung“, der Kolonievogt Leichmüller, ist plötzlich verschwand und mit ihm eine Summe ihm anvertrauter Gelder. Leichmüller war auch Verwalter einer Postagentur. Wie es hier bestellt ist, weiß man noch nicht. Die Zeche „Raddob“ wird sehr betrübt sein, daß ihr ein so zuverlässiger und glaubhafter Zeuge abhanden gekommen ist. Der brave Leichmüller war ursprünglich Fabrikarbeiter, wurde dann Schuhmann in Hanau, um die hohen Kosten sehr bald mit dem eines Kolonievogtes auf „Raddob“ zu tauschen.

Korruption bei den Nationalpolen. Das polnische Blatt „Wiarus Polski“ erhebt schwere Beschuldigungen gegen den Sekretär des polnischen Zentral-Wahlkomitees für Deutschland, Dr. Laddäus Jaworski. Jaworski war gegen ein Jahresgehalt von 6000 Mark fest angestellt; er wird der Unterschlagung und Veruntreuung nationalpolnischer Gelder bezichtigt. Ein Ehrengericht soll entschieden haben, daß Dr. Jaworski die Qualifikation zur Bekleidung von Ehrenämtern abgesehen werden müsse.

Schön gesagt! Die liberalen Bamberger „Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer Nummer vom 9. September unter dem Titel: Der angebliche Abfall Deutsch-Südwestafrikas einen Artikel aus der Feder des Gouverneurs a. D. Leutwein. Dieser schließt seine Ausführungen mit folgendem Satz:
„Und ich hege die feste Zuversicht, daß auch unsere südafrikanischen Landsleute hierin keine Ausnahme machen werden, nachdem einmal der mildern Jahrb der Zeitwassa über die berzeitigen Schmerzen ausgossen haben wird.“

Wenn Gouverneur Leutwein mit seinem Artikel, sonst keine Erfolge erzielt haben sollte, hat er wenigstens die deutsche Sprache um eine schöne Redewendung bereichert. Freilich erinnert das gebrauchte Bild stark an den bekannten „Bahn der Zeit, der alle Tränen trockenet.“
Gekentert. Ein Fischervot von der Insel Urk im Zuidoersee leuterte in der Brandung vor dem Scheidener Hafen. Die aus vier Mann bestehende Mannschaft ist ertrunken.

Der Pastor als Hausverwalter. Als richtiger Hausverwalter ist der evangelische Pastor Steinhoff in Dortmund durch Gerichtsurteil entlarvt worden. Der Pastor hatte sich unter der Vorgabe, ein Altkloster zu bauen zu wollen, ein schönes Grundstück zu billiger Preise gekauft, ließ es aber dann parzellieren und verkaufen. Diese Verkäufe waren aber nur Scheinverkäufe. So hatte er zwei Parzellen zu sehr hohen Preisen an einen Maurerpoller Stachewski verkauft, obwohl er wußte, daß der Mann keinen Pfennig Vermögen besaß und einen Offenbarungseid geleistet hatte. Stachewski war nichts weiter als einer der berüchtigten Strohmänner, die vorgeschickt werden, damit Handwerker und Gewerbetreibende um ihre Forderungen kommen. Pastor Steinhoff hatte auch zu den Lieferanten und Handwerkern, denen die Sache bedenklich schien, gesagt, sie sollten nur liefern und bauen, nach vollendeter Fertigstellung erhalte jeder sein Geld. Seine eigene Forderung auf das Grundstück hatte er aber als erste und zweite Hypothek eintragen lassen. Der Krach wurde beschleunigt, als der Strohmännchen Stachewski wegen Verdachts des Meineides verhaftet wurde. Der Pastor ließ die Häuser subhastieren und zog sie an sich. Die Forderungen mehrerer Handwerker und auch die Hypothek eines Herrn Weltenkamp fielen aus. Die Betroffenen beriefen sich nun auf die Aufforderung und das Versprechen des Pastors, sie sollten nur bauen, sie würden ihr Geld bekommen, und gingen zum Gericht. Das Dortmund'sche Landgericht hat den Pastor auch zur Zahlung verurteilt; es sprach in der Begründung aus, die Handlung des Pastors sei rechtlich und moralisch zu verurteilen. Auch das Oberlandesgericht in Hamm hat den Pastor verurteilt. Die Auffassung der Kläger entspreche den Grundsätzen von Treu- und Glauben und der Verkehrssitte bei Willenserklärungen. Bleibt noch zu erwähnen, daß kurz nach dem erstinstanzlichen Urteil in Dortmund Pfarrer Steinhoff mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse decoriert wurde.

Ein Mörder. Aus Essen wird gemeldet: Von der Firma Steffens Wölle ist ein junger Mann, namens Willy Meyer aus Essen, mit einem Wertbrief von 12500 Mark flüchtig geworden. Der Dieb hatte den Brief einem auf dem Wege zur Post befindlichen Boten unter dem Vorwande abgefordert, daß der Chef den Boten sprechen wolle.

Opfer der Kriegsspielerei. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, wie wir schon kurz meldeten, am Sonnabend nachmittag 2 1/2 Uhr auf dem Schießplatz der Firma Krupp bei Langenbrunn. In Gegenwart einer türkischen Kommission wurde eine 7,5 Zentimeter-Kanone (Schnellfeuer-geschütz) probiert. Um die Leistungsfähigkeit zu beweisen, war die Abgabe von 1000 Schüssen in Bedingung. Es wurden am Donnerstag, Freitag und Sonnabend im ganzen circa 950 Schüsse abgefeuert. Davon entfielen auf den Sonnabend vormittag 200 und nachmittag 180 Schüsse. Dieses Feuer erfolgte in einer Schnelligkeit von 50 Schüssen in 1,54 Minuten. Nachdem in ungefähr 7 Minuten 180 Schüsse abgefeuert waren, explodierte die Kanone, jedenfalls durch Überhitzung des Rohres, und

die ganze Ladung ging, Tod und Verderben bringend, hinten heraus. Dem Pabellanonier Lenz (Wurgstall) wurde ein Arm abgerissen und das rechte Bein vollständig zerquetscht, außerdem trug er Brandwunden am ganzen Körper davon. Lenz starb auf dem Transport zur Bahn. Dem Pflanzonier Luther (Wingfurt) wurde der Arm fast vollständig abgerissen; außerdem erhielt er erhebliche Brandwunden im Gesicht, auch wurde ihm ein Stück aus der Seite gerissen. Luther starb ebenfalls auf dem Transport nach dem Krankenhaus in Stendal. Dem Kanonier Sauerhering (Langenbrunn) wurden beide Beine schwer verletzt. Außerdem erhielten noch drei weitere Arbeiter Verletzungen. Als ein schlimmer Unfallstand muß das Fehlen eines Krankenhauses bezeichnet werden. In Langenbrunn werden zu allen möglichen Veranstaltungen seitens der Behörde Aufwendungen gemacht, aber zur Errichtung eines Krankenhauses ist trotz der großen Unfallgefahr und der fast täglich vorkommenden Unfälle nichts übrig. Es kann nicht scharf genug verurteilt werden, daß die schwerverletzten Arbeiter vier Stunden warten mußten, bevor sie in ein Krankenhaus überführt werden konnten. Am 2 1/2 Uhr ist der Unfall geschehen, und um 4 Uhr 40 Minuten konnten die Verletzten erst mit der Bahn nach Stendal transportiert werden; der Weg von der Bahn bis zum Krankenhaus dauerte auch noch circa dreiviertel Stunde. Die lange Dauer des Transports ist jedenfalls als eine Erhöhung der Lebensgefahr zu bezeichnen. Aus diesem Vorkommnis mag die Arbeiterschaft wieder ersehen, wie wenig Schutz man für das Leben der Arbeiter schafft. Mit verdoppeltem Eifer müssen sie darum sorgen, durch Kräftigung aller ihrer Organismen eine andere, bessere Gesellschaft schaffen zu helfen, in der Leben und Gesundheit nicht mehr so grauam vernichtet werden können.

Durch einen Bergsturz getötet. Bei dem Orte Manilla, Provinz Merid, ging ein Bergsturz nieder. Die Steine durchschlugen das Strohdach einer Hütte, wodurch drei Personen getötet wurden. Ferner wurden die Eingänge zu einigen anderen Hütten durch Erdmassen versperrt; doch konnten diese halb weggeräumt werden.

Blut. Nach einer Meldung aus Trier wurde in Weibweiler der elfjährige Sohn des Gastwirts Stener beim Räuberspielen von einem zwölfjährigen Spielgenossen durch einen Messerstich getötet.

Unwetter in Südtalien. In der Nacht zum Mittwoch wurden verschiedene Teile Südtaliens von einem schweren Unwetter heimgesucht, das in den davon betroffenen Ortschaften gewaltigen Schaden verursachte. Wie ein Telegramm des „Reich-Tele.“ meldet, war in Bari die See so erregt, daß große Sturmwellen landeinwärts drangen und die Häuser meterhoch mit Wasser füllten. Die ganze Nacht hindurch fiel Hagel. Der Sturm riß die Dächer hinweg, Mauern stürzten ein und zwischen den Trümmern der Gebäude und das Schreien der Menschen mischte sich das dumpfe Grollen des Donners, während helle Blitze die Unlücksstelle hell erleuchteten. Wie ich zu bemerken der Blitzstrahl. Menschenhände konnten da nicht retten, sondern nur der niedergehende Regen verhinderte größere Brände. Die Bahndämme vieler Strecken sind unterwühlt, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. In einzelnen Gegenden ist die Ernte fast vollkommen vernichtet. Friedhöfe stehen unter Wasser,

ja, oft haben die Fluten so gehaust, daß die Gräber aufgewühlt und die Leichen weit fortgeschwemmt worden sind.

Wannigst. Am Mittwoch nachmittag ist die im Bau begriffene Ausstellungshalle in Charleroi zusammengebrochen. Ein Arbeiter wurde von den einstürzenden Trümmern erschlagen; drei Arbeiter sind verletzt worden.

Eine Eisenunterochlagung. Der frühere Kassierer beim Bundesbankamt in Chicago Fitzgerald wurde verhaftet, in der von ihm verwalteten Kasse wurde ein Fehlbetrag von 173000 Dollars festgestellt.

Grubenexplosion. In der Dugger-Mine im Staate Indiana ereignete sich nach einer Meldung aus Newyork eine Gruben-Explosion, durch die eine Person getötet und sechs verletzt wurden.

Sieben Personen getötet. Nach den letzten telegraphischen Meldungen aus Murcia sind durch den Bergsturz bei Abanilla sieben Personen getötet worden. Von den Verwundeten waren einige länger als 40 Stunden verschüttet.

Schiffsnachrichten.
In Travemünde angekommene Schiffe.
Donnerstag, den 15. September.
D. Westkusten, Kap. Vaisson, von Kopenhagen in 12 St.
D. Helene, Kap. Scheel, von Orth in 1 T.
Usto, Kap. Hagström, von Raumo in 7 T.
Eunomia, Kap. Rittola, von Wiborg in 8 T.
Janise, Kap. Bollings, von Köping in 8 T.
Ida, Kap. Larsson, von Falkenberg in 8 T.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Donnerstag, den 15. September.

Bena Augustin, Kap. Bamera, nach Bastaaarsnäh.
D. Luna, Kap. Niemischke, nach Köln.
Nelos, Kap. Klinterberg, nach Stockholm.
D. Yrsa, Kap. Anderlen, nach Hamburg.
D. Hansa, Kap. Schmalfeldt, nach Libau.
D. Fehmarn, Kap. Schacht, nach Fehmarn.
D. Luise, Kap. Stöwhase, nach Memel.

Schiffsbewegungen.
D. Hamburgsund ist Mittwoch von Karstad auf hier abgegangen.
D. Köln ist Mittwoch nachmittag von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Elbe ist Mittwoch nachmittag von Reval auf Petersburg abgegangen.
D. Gustaf Wasa ist Mittwoch abend von Stellega auf hier abgedampft.
D. Constantia ist gestern vormittag in Raumo angekommen.
D. Gauthiod ist gestern vormittag von Kalmar auf hier abgegangen.
D. Behr Brahe ist Mittwoch abend von Hangö auf hier abgegangen.
D. Elbe ist gestern mittag von Reval in St. Petersburg angekommen.
D. Dora, Kap. Klingenberg, ist gestern vormittag in Memel angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Zum 1. Oktober das Parterre, enth. 8 ger. Stuben und Zubehör, zu verm. Bei St. Johannis 22. Näheres 1. Etg. daselbst.

Zum 1. Oktober eine schöne Wohnung zu vermieten: Carl Lelleck, Stockelsdorf-Löhweg.

Durch Zufall zum 1. Oktober eine kleine freundliche Wohnung zu vermieten. Preis 155 Mk. Näheres Kl. Kiesau 18.

Junge Frau sucht fürs Geschäft im Hause zu nähen. Aug. u. K 45 an die Exp. d. Bl.

Gebr. Oldekop
Käsegroßhandlung
Fernruf 1679.
Detail-Verkauf
Huxstraße 83-85.
Eine große Partie pikanten Tilsiter Fettkäse Pfd. 30, 35, 40, 45, 50 Pfg.
Eine Partie Schweizer Pfd. 80 und 85 Pfg.
Das Allerfeinste in echten Holländer u. Emmer Käsen zu den billigsten Preisen.

Eine kleine Wohnung z. 1. Oktober zu vermieten. Näheres Biegelstraße 1 f.

Ein fast neuer Gehrock-Anzug zu verkaufen. Schützenstraße 52 a, part.

Eine zweischläufige Bettstelle mit Sprungfedermatratze billig zu verkaufen. Georgstraße 15 a, I.

Eine Wringmaschine, Preis 4 Mk., zu verkaufen. Augustenstraße 23, I.

- Karbonade per Pfd. 80
 - Pa. ger. Naden pr. Pfd. 90
 - Pa. fr. Naden z. Füllen Pfd. 80
 - Geräuch. Schweinsbäcken ohne Knochen per Pfd. 75
 - Pa. weiß. Schmalz Pfd. 85
 - b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 80
 - Fetten u. mag. Speck Pfd. 90
 - b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 85
 - Pa. gef. Mett- und Leberwurst Pfd. 70
 - Dranschw. Wurst Pfd. 80 u. 60
 - Ruhener Pfd. 50, b. Abn. v. 2 Pfd. pr. Pfd. 45
 - Jeden Sonnabend von 5 Uhr an heiße Knackwurst. ff. Aufschnitt pro Pfd. 1 Mk.
- M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.**

- Mechl. Land-Leberwurst Pfd. 1.— Mk.
 - " " Blutwurst " 1.— "
 - " " Blochwurst " 1.20 "
 - " " Schlawwurst " 1.40 "
- Margarine**
in nur feinsten Marken, Pfd. 60, 70, 80 und 90 Pfg.
Pflanzenbutter-Margarine
bester Ersatz für Naturbutter, Pfd. 80 und 90 Pfg.
Gewähre auf alle Waren 4 Proz. Rabatt in Bons.

Auf **Margarine 10 Proz. Rabatt** in Bons. 10 Mk. in Margarine-Bons werden mit 1 Mk. in bar oder Ware eingelöst.

Max Ueberrhein,
moist. uuee 2. **Breitestraße 11.** hürtr. 118.
Fernruf 1910.

Die Vorzüge unserer Schuhwaren

Tadellose Qualität
Elegante Passform
Modernste Fassons
Erprobte Haltbarkeit
Vollste Garantie
Billige Preise



Jedes Paar Herren- und Damen-Stiefel: **7²⁵ M**
Spezialmarke **7²⁵ M**
Original
Goodyear Welt **9⁵⁰ M**

TURUL-SCHUH-FABRIK:
ALFRED FRANKEL COM.-GES.
VERKAUFSSTELLE:
Lübeck, Breitestr. 49.
Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Zu verkaufen ein Hahn, weißer Italiener, 1/2 Jahr alt. Schützenstraße 51a.

Das Riesenschwein
22 Jänishäufen 22.
Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
Rindfleisch " 60 "
dicke Flomen " 80 "
Prima Karbonade " 80 "
" fetten Speck " 70 "

Johann Möller.

Magnum-bonum-Erfartoffeln, 200 Pfd. 5 Mk. 50 Pfg., 10 Pfd. 35 Pfg.
Gelbe Erfartoffeln, 200 Pfd. 8 Mk., 10 Pfd. 45 Pfg. frei Haus. Deponen 13. Fernsp. 2399

Bei den hohen Fleischpreisen! empfehle billige blutreiche **Damwild-Rippen** Pfd. 50 Pfg. Damwild-Blätter Pfd. 70 Pfg. Damwild-Nacken 60 Pfg. dickfleischig, im Kohl oder zum Schmoren.
Friedr. Holst, Wildhandlung. Fleischhauerstraße 8.

Gutterkartoffeln zu kaufen gesucht von **Otto Beining, Marienthal.**

Jeden Sonnabend: **Prima heiße Knackwurst.**
Friedr. Green,
Kupferschmiedestraße 14 und Uferstraße 3c.

100 PUNONY.

Ein interessantes Wachstum!

1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umfaßsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. - Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.

H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

Versammlung
sämtlicher bei den
Holzspeiteuren beschäf-
tigten Arbeiter
heute, Freitag,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
Unser Lohnzettel.
Kollegen, erscheint zahlreich.
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Heute Freitag abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Sektions-Versammlung
der
Kohlenarbeiter.

Tages-Ordnung:
Die Arbeitsangelegenheit bei der
Firma Renck.
Der Vorstand.

Gr. Volksunterhaltungsabend
(aus Anlaß der 50. Jahresversamm-
lung der Gesellschaft zur Verbrei-
tung von Volksbildung)
am **Sonntag, dem 1. Okt.,**
abends 8 1/2 Uhr in der **Stadthalle.**
Gesangsvorträge - Musikvorträge
Rezitationen - Tanzaufführungen.

Mitwirkende:
Else Levetzow, Selma Micklich.
Louis Satow.
Neue Berliner Kammermusikver-
einigung.
Lübecker Lehrgesangverein.
16 Mitglieder des Mecklenb. platt-
deutschen Vereins.
Eintritt 30 Pfg., Logenplatz 50 Pfg.
einschließlich Progr. u. Liedertexte.

F. L. Paetaus Gesellschaftshaus
Fackenburg.

Sonntag, den 18. September:
Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr. Ende morgens.
Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 18. September,
von nachmittags 1/2 4 Uhr ab:
Spiele im Volksgarten.
Der Ausschuß.

Hansa-Theater

Ab 16. September 1910:
„Die Sensation der Saison“.
Der
Graf von Monte Christo,

nach Alexander Dumas,
bearbeitet v. Adolf Steinman,
mit glänzenden
Dekorationen,

Kostümen und Ausstattung.
1. B.: In der Schenke der
Catalonier. 2. B.: Kerker
und Millionen. 3. B.: Der
unbekannte Gast. 4. B.:
Reeder Morell. 5. B.: Lohn
und Vergeltung.
Beginn des Konzerts 8 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.
Eröffnung der Spielzeit!
Sonntag, 18. Septbr. 7 1/2 Uhr.

Der dunkle Punkt.
Lustspiel von Kadelburg u. Presbner.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Roh, Kohlmarkt 13. Dutzendkarten
ebendasselbst.

Neues Stadttheater.
Sonntag, 17. Septbr. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 2. Sonntag-Ab. 1.

Wenn der junge Wein blüht.
Sonntag, 18. Septbr. 7 1/2 Uhr.
Die Stumme von Portici.
Große Oper von Aubert.

Möbel * Möbel

Auf Kredit

nur im ersten und größten Möbel-
und Warenkredithaus

S. Sachs

Lübeck

2 Schmiedestraße 2
Parterre, I., II., III. Etage.

Waren * Garterabte

Ganz frisch II. Sorte Meiereibutter
eingetroffen.
pro Pfund **1,20** Mark und **1,25** Mark.

Königsstraße **Th. Storm Nchf.** Telefon **473**
98.



Eine Menge Arbeiter-
Schaft- und Stulpstiefel
in prima Rindleder auf Lager.

Haupt-Preislagen:
7 50 9 50 11 50

Schuhwarenhaus
J. W. Meyer
95 Breitesfrasse 95.

Von morgen ab wieder vorrätig, die so beliebte
Thüringer Napfsülze.
Gleichfalls empfehle täglich frisch:
Kohlwurst
Brotwurst
Grützwurst
Kopffleisch.

Ferner in tadelloser Ware:
Eisbeine, sehr zart gesalzen und vorteil-
haft gehauen, pr. Pfd. 65 Pfg.
Auf sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren 4% Rabatt.
Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Morgen, Sonnabend,
empfehle als ausnahmsweise billig, in gewohnter,
gueter Qualität:

Leberwurst das Pfd. nur **60 Pfg.**
Blutwurst - - - **60 -**
Preßkopf - - - **60 -**
Krellwurst - - - **60 -**

Auf sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren 4% Rabatt.
Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

100 Mk. Belohnung.
In der Nacht vom 1. auf den
2. September ist der Segeltutter
„Alex“ von seinem Liegeplatz bei
der Herrenfähre gestohlen und in
der Nähe von Steinbeck am Med-
denburger Ufer auf Strand gesetzt
worden, wodurch er total zerschellt ist.
Derjenige, welcher die Diebe so
nachweist, daß man sie gerichtlich
belangen kann, erhält obige Be-
lohnung. Die Täter, die in der
Nähe von Rüg gesehen worden
sind, werden als Burschen im Alter
von 18-20 Jahren bezeichnet. Sie
haben eine graue Hose mit Mennig-
flecken im Boot zurückgelassen und
tragen eine blaue Hose und drei
dicke Sweater mitgenommen. Nach-
richten werden an Q. Friede, hier-
selbst, Breitestraße 31, erbeten.
Der Vorstand

Empfehle prima
junges, fettes
Fleisch,
sowie von jetzt an
jeden Sonnabend
warmes, gel. Rostfleisch,
und von 5 Uhr an
heiße Quackwurst.
H. Bibow,
Telephon 2401. Krähenstr. 15.
Schwartzau Henjefeld
Frauenversammlung
heute, den 16. September 1910.
Der Vorstand.